

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: Ernst Deinhardt, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steindörmer, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergespaltene Zeitungs- oder deren Raum 60 Pfg.
Bergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Der gelbe Sumpf.

Die sogenannte gelbe Bewegung in Deutschland hat sich noch niemals besonders großen Ansehens erfreut. Bei den Arbeitern begegneten die auf die Zersplitterung der Arbeiterklasse gerichteten Bestrebungen der Gelben einem nur zu begreiflichen Mißtrauen. Schneekleber, Schweifwedler und andere Dieblinge des Unternehmertums hat der aufrechte, um die Wahrung seiner Ehre und die Besserung seiner Lage besorgte Arbeiter in seinen eigenen Reihen immer nur, von Verachtung über solche Elemente voll, gebildet. Auch die öffentliche Meinung hat immer wieder gegen die gelben Bestrebungen sich ausgesprochen. Und das Unternehmertum, in dessen Interesse ja die ganze gelbe Bewegung inszeniert worden ist, mag sich mit den Gelben nicht gern an einen Tisch setzen. Auch im Lager der Unternehmer gilt der Satz, daß man den Verrat liebt, nicht aber den Verräter. Von irgendwelchem Ansehen der Gelben konnte bisher also keine Rede sein; wie recht man mit dieser Einschätzung der gelben Bewegung aber hatte, das lehrt eine Publikation, die jetzt unter dem Titel „Der gelbe Sumpf“ im Verlage des Deutschen Metallarbeiterverbandes erschienen ist.

In dem Büchlein werden ausschließlich Briefe des Herrn Rudolf Lebius, des Führers der Gelben, veröffentlicht, die die moralische Bewahrlosung der gelben Bewegung und ihrer Führer erweisen.

Immer ist von unserer Seite betont worden, daß es sich bei den gelben Arbeitervereinen nicht um freiwillige Schöpfungen der Arbeiter selbst handelt, sondern um Organisationen, herborgerufen von Personen, die im Einverständnis mit Unternehmern handeln. Die Organe der Gelben dagegen behaupten, daß sich die gelben Arbeiter aus eigenem Antriebe von den Gewerkschaften und Gewerksvereinen abgewandt hätten. Daß dies aber nicht so ist, zeigen nun die Lebius-Briefe. In Briefen an die Harpener Berg- und Baugesellschaft, Dortmund, an die Hibernia-Bergwerks-Gesellschaft, Herne, an den Bergbaulichen Verein, Essen, die Direktion des Förder Vereins, Hörde, die Selskichaener Bergwerks-Gesellschaft, an Seibel u. Naumann in Dresden, an den Arbeitgeberverband der linksrheinischen Metallindustrie, an den Arbeitgeberverband deutscher Glasfabriken in Deuben bei Dresden und andere ersucht Lebius um Gründung gelber Vereine und stellt seine Mithilfe dabei in Aussicht. Dem Leiter des Bochumer Vereins, Geheimrat Baare, schrieb Lebius, er möge an Stelle der christlichen die gelbe Arbeiterbewegung fördern:

„Ich würde Ihnen vorschlagen, ganz allmählich lieber eine gelbe Organisation in Ihrem Werke zu befördern. Das würde ungefähr auf dasselbe hinauskommen, als wenn ein weitsehender Fabrikant seine noch nicht ganz veralteten Maschinen durch moderne Maschinen ersetzt und mit dieser Maßnahme nicht bis zu dem Zeitpunkt wartet, wo ihm das Feuer unter den Nägeln brennt...“

Nachhaltlos kommt hier zum Ausdruck, daß die gelbe Bewegung nur dem Unternehmerinteresse dienen soll. Dies zeigt auch ein Brief an den Arbeitgeberverband deutscher Glasfabriken in Dresden, worin es heißt: „Dadurch, daß Sie dem Verein eine laufende Beihilfe geben, die gar nicht groß zu sein braucht, gewinnen Sie ein dauerndes Aufsichtsrecht über den Verein.“ Natürlich dürfen die Gelben das nicht merken. Darum schrieb Lebius z. B. an die Direktion der Aachener Stahlwarenfabrik:

„Auf Ihr werthes Schreiben vom 5. dieses Monats erwidere ich Ihnen ergebenst, daß die Anregung zur Vereinsgründung keinesfalls von Ihnen ausgehen soll. Bei den Siemenswerken gab ein Meister einem ihm als zuverlässig bekannten Arbeiter die Anregung. Bei den K. Wolf'schen Werken, Magdeburg-Buckau, ging die Anregung von dem Leiter des Lohnbureaus aus. Dieser Herr besprach die gelbe Vereinsgründung mit einem sehr talentvollen Arbeiter (Buchbinder), der den Verein bereits auf 750 Mitglieder gehoben hat. Die Arbeiter müssen natürlich den Entschluß zur Gründung eines solchen Vereins selbst fassen, die Anregung dazu kann aber ganz gut von einem unteren Beamten ausgehen.“

Auch auf bestehende gelbe Vereine sucht Lebius mit Hilfe der Unternehmer seinen Einfluß geltend zu machen. So sucht er den Direktor des Wolf'schen Werkes in Magdeburg zu veranlassen, eine seiner Kreaturen mit der Leitung des Magdeburger gelben Arbeitervereins zu betrauen.

Einem Herrn Enters in Brandenburg a. S. gegenüber erklärt er sich bereit, einen gelben Redner zu senden. „Auch könnte... einer unserer Beamten dort auf ein paar Tage für die gelbe Arbeiterbewegung bei den in Betracht kommenden Arbeitgebern agitieren. Auch Herr Nahardt wird von Lebius zum Werkzeug seiner Pläne erklärt. Und Nahardt fällt wirklich auf den Lebius'schen Anreißer herein, wie an anderer Stelle unserer Zeitung nachgelesen werden mag.

So sieht man Herrn Lebius überall geschäftig neue Verbindungen suchen. Heute spricht er bei einzelnen Fabrikanten vor, um sie zur Modernisierung ihrer Werkzeuge zu gewinnen, morgen ersucht er Leiter der Unternehmerorganisationen um Audienzen, dann taucht er beim Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, im Flottenverein und der Kolonialgesellschaft auf, und schließlich empsiehlt er sogar die Gründung einer „nationaldemokratischen Partei mit nationalliberalem Programm“, und das alles, um die Arbeiter zu täuschen und sein eigenes Schäfchen zu sichern. Auch in Gebiete, die ihm bisher verschlossen waren, sucht er zu dringen. Süddeutschland mit den v. Welbegg'schen Gelben, besonders Württemberg, muß auch Gelbe Lebius'scher Richtung erhalten. Einen Prozeß gegen die in Stuttgart domicillierende „Metallarbeiterzeitung“ nimmt Lebius zum Anlaß, um mit den württembergischen Metallindustriellen in Verkehr zu treten. Überall liegt er den Unternehmern in den Ohren, überall schmiert er sich an, sendet Bittschriften, beichtet und denunziert, um an die Unternehmer und ihre Hintermänner und an die Behörden heranzukommen.

Natürlich läßt er sich für diese seine Tätigkeit von den Unternehmern auch zahlen. So läßt er sich von dem Arbeitgeberverband der linksrheinischen Metallindustrie die Speise einer gelben Agitation zahlen. Von dem Berliner Verband der Baugeschäfte nimmt er 200 Mk. Honorar für Gründung eines gelben Vereins, von der Firma Siemens u. Halske 8400 Mk. Unterstützung in Empfang. Bei der Hamburg-Amerika-Linie bettelt er um einen fertigen Annoncenauftrag und beim General v. Loebell beschwert er sich darüber, daß der Förderungsausschuß „nicht einmal ein Darlehn von 5000 bis 6000 Mk. ... übrig“ hat, „um den Führer der gelben Gewerkschaften von seinen sozialdemokratischen Bindungen zu befreien“. Ungewöhnlich ist die gelbe Bewegung für die Arbeiter ein ausgezeichnetes Geldgeschäft.

Das ist nun unsere gelbe Bewegung in Deutschland. Ein Gewächs, das von gescheiterten Existenzen gezüchtet worden ist und gezüchtet wird, dazu bestimmt, die Arbeiter in ihrem Kampf wider das Kapital zu korrumpieren und zu dezimieren. Eine moralisch durch und durch verwerfliche Sache, die nur im Profitinteresse der Unternehmer und mit Unternehmerngeld gefördert wird. Das zeigen uns mit aller Deutlichkeit die Briefe des Herrn Lebius. Man müßte bezweifeln an der Menschheit, wollte man nach diesen Enthüllungen nicht in der Hoffnung leben, daß jeder achtungswürdige Arbeiter nunmehr nach Bekanntgabe der Lebius'schen Arbeitsmethode schnellstens der gelben Sache den Rücken kehrt.

Klassenmoral.

n. Der „Holzarbeiter“, das Blatt des christlichen Holzarbeiterverbandes, begibt sich mit dem neuen Jahre auf das Gebiet der Moralphilosophie. Es versteht sich, daß er dieses Gebiet spielend beherrscht. Denn wozu stände man auf dem Boden des „Christentums“, dessen pfäffische oder weltliche Vertreter von heute, weit entfernt von der Bescheidenheit seines Gründers, nicht nur die Weisheit mit Löffeln gefressen, sondern auch die alleinseligmachende Sittlichkeit in unklünder Nacht genommen haben. Und von der Höhe dieses überchristlichen Selbstbewußtseins beginnt dann das weltweite Blatt:

„Die Existenz eines höheren Sittengesetzes wird von der sozialdemokratischen Weltanschauung geleugnet. Bestimmte, ewig gültige Normen, die alle Menschen als die Grundlage ihres Handelns und Denkens anerkennen und befolgen müssen, verwerfen die Sozialdemokraten.“

Das soll ein vernichtendes Wort sein, der die Sozialdemokratie samt der Gewerkschaftsbewegung allen gutgefunten und moralischen Leuten als minderwertig, als

wertverliert und verächtlich demütigen soll. Aber die Sozialdemokratie befindet sich hier in guter Gesellschaft. Ihr steht zur Seite die Wissenschaft, die festgestellt hat, daß es eine „höhere“ für alle Menschen gültige Sittlichkeit nicht gibt, daß im Gegenteil die Sittlichkeit sich ändert bei demselben Volke in dem Maße, wie sich seine wirtschaftlichen und damit seine anderen Verhältnisse ändern, daß es weiter zur selben Zeit fast ebenso viele sittliche Anschauungen gibt, wie es Länder und Völker gibt, die unter verschiedenen Klimaten, unter verschiedenen Umständen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Art leben. Wenn die sozialistische Weltanschauung sich dieser Ansicht anschließt, so tut sie das, weil es sicherer ist, dem Urteil von Leuten zu folgen, die etwas von der Welt gesehen haben und geistig hoch genug stehen, um die Erscheinungen im Leben der Länder und Völker richtig zu beurteilen, als sich auf jene ebenso unsicheren wie anmaßlichen Leute zu verlassen, die da glauben, ihr enger Gesichtskreis sei die Welt und alle Weisheit läme aus der Bibel, aus den Lehren der Kirche und den Predigten des Herrn Pfarrers. Es würde dem weisen Manne, der obigen Satz in die Welt hinausposaunt hat, sehr schwer werden, das „höhere Sittengesetz“, das angeblich alle Völker verbindet, genau anzugeben, oder beispielsweise die „ewig gültigen Normen“ zu nennen, die Deutsche und Japaner angeblich „als die Grundlagen ihres Handelns und Denkens anerkennen“. Der überkluge Morallehrte würde, wenn er statt nachgeplapperter Phrasen faßbare Tatsachen geben sollte, arg in die Verlegenheit geraten, aus der ihn selbst sein noch klügerer geistlicher Berater aus M-Gladbach nicht befreien würde.

Aber nun hat der große kirchliche Sittenrichter ein „Selbstgeständnis“ von sozialdemokratischer Seite entdeckt, folgenden Satz nämlich, der jüngst in einem Artikel der sozialdemokratischen Presse zu lesen war: „Die Sittlichkeit bildet das Band, das die menschlichen Gemeinschaften zusammenhält. Ohne die gegenseitige Treue, Solidarität, Wahrhaftigkeit und Selbstaufopferung ihrer Mitglieder konnten sie nicht bestehen bleiben. Diese Gefühle gelten nur innerhalb der Gemeinschaft, der man angehört, mit der man durch dieselben Interessen verbunden ist. Hier sind sie notwendig; wo diese Interessen mit denen anderer Gruppen kollidieren, wären sie schädlich. Dem Feinde gegenüber, mit dem man kämpft, haben die sozialen Gefühle keine Geltung; man opfert sich nicht für ihn hin, übt keine Solidarität gegen ihn, sondern man sucht ihn zu schwächen und zu schädigen. So handelt in der primitiven Gesellschaft Stamm gegen Stamm, so in der zivilisierten Welt Klasse gegen Klasse. Wenn wir in solcher Weise die Tatsache feststellen, daß das Sittengesetz bei allen Massen und Gruppen nachweislich immer nur gegen Genossen, nicht gegen Feinde anerkannt wird, entrißten sich unsere Gegner darüber und stellen es so hin, als empfehlen wir den Arbeitern den Massenhaß als spezielle sozialdemokratische Ethik.“

Und der Erschütterung seines moralischen Selbst, die dieser Satz in dem Christenmenschen hervorruft, entringt sich der Verdammungsruf: „Da ist die materialistische Klassenmoral in ihrer ganzen Brutalität und Gemeinheit ausgesprochen. Lüge, Verleumdung, Treulosigkeit und Salunkereien schlimmster Art sind nach dieser Moral höchst erlaubte Mittel im Kampfe gegen den Klassenfeind, gegen den Gegner überhaupt. Welcher Art sind denn vielfach die Waffen, die „Genossen“ gegen die christliche Arbeiterbewegung führen?“

Wenn der eifernde Gewerkschaftschrift, statt den Sittenrichter und den Moralphilosophen zu spielen, seine Zeit damit zugebracht hätte, lesen zu lernen und das Gesehene richtig zu verstehen, dann würde er sich seine Entrüstung haben sparen können. Der obige Abschnitt des Artikels aus der sozialdemokratischen Presse sagt nicht: außerhalb der sozialen Gemeinschaft sollen die Gebote der Wahrhaftigkeit und Selbstaufopferung keine Geltung haben, sondern er stellt einfach die durch die Geschichte und die Erfahrung bestätigte Tatsache fest, daß diese Gebote dem Feinde gegenüber nicht gelten. Es handelt sich nicht um die Aufstellung einer ethischen Forderung, sondern um die Feststellung einer ethischen Tatsache — wie das zu allem Überflusse der letzte Satz der angeführten Stelle noch besonders hervorhebt. Wie oft hören wir aus geistlichem Munde das Wort: Die Welt ist schlecht, die Menschen taugen nichts mehr! Was würde der Morallehrte des christlichen „Holzarbeiter“ sagen, wenn wir diese Feststellung dazu benutzten, der Kirche vorzuwerfen, sie wolle die Welt schlecht machen und die Menschen verderben!

„Es ist nicht wahr — ruft der Weltweise im „Holzarbeiter“ aus —, daß zu allen Zeiten diese Klassenmoral gegolten und angewendet ist. Ehrlichkeit und Treue haben

gegolten schon im tiefsten Altertum und wurden selbst von den unzulänglichsten Völkern geachtet und geschätzt auch dem Feinde gegenüber. Die zehn Gebote Gottes gelten für alle und galten für alle Menschen vom ersten Tage ihrer Verkündigung an. — Wirklich? Hat der Mann mal von einem gewissen Homer gelesen, der einen Helden besungen mit Namen Odysseus, den man den Listigen nannte, weil er besser als alle seine Mitstreiter die Leute irrezuführen wußte. Homer würde Odysseus nicht als Helden gefeiert haben, wenn dieser sich durch nichts als „Ehrlichkeit und Treue“ ausgezeichnet hätte. Hat der Mann nicht mal gelesen, daß die Spartaner ihrer Jugend den Diebstahl erlaubten und die Jungen nur strafe, wenn sie sich dabei ertappen ließen? Und weiß der Mann nicht, daß ein guter Teil der Menschheitsgeschichte aus Krieg, Mord und Plünderung besteht — trotz der zehn Gebote, die dem Menschen verbieten, zu töten und zu stehlen?

Aber wir wollen einmal vom grauen Altertum in die frische, frohliche Gegenwart übergehen, um zu zeigen, was es mit dem für alle Menschen gültigen Sittengesetz auf sich hat. Ende 1907 hielt in Menstein vor dem dortigen katholischen Arbeiterverein der Erzpriester Lehmann eine Rede, worin es nach dem Bericht des dortigen Zentrumsblattes hieß: „Eine Tugend des katholischen Arbeiters ist die Demut und Bescheidenheit. Eine besondere Waffe des christlichen Arbeiters ist die Unspruchlosigkeit, denn anspruchlos und in Demut soll der Arbeiter die schlichte Pflicht des täglichen Lebens erfüllen. Im Lichte des Glaubens betrachte ein jeder die gewissenhafte Pflichterfüllung als eine von Gott auferlegte Buße und Notwendigkeit im Kampfe um das tägliche Brot. Desgleichen muß der Arbeiter in Treue und Anhänglichkeit seinem Brotherrn ergeben sein, der dieses stets seinen Arbeitern gegenüber bestens lohnen wird.“

Das christliche Metallarbeiterblatt nannte derartige Lehren „Erziehung zur sklavischen Hundedemut“, die man „selbst bei den gelben Streikbrechervereinen vergeblich suchen“ würde, worauf die „Trierische Landeszeitung“ erklärte, daß der Mensteiner Pfarrer nichts als „die im Christentum allerorten geltenden Grundsätze“ gelehrt habe. Was sagt denn der Moralgelehrte im christlichen „Holzarbeiter“ hierzu? Nach seiner Ansicht gibt es doch ein für alle Menschen gültiges Sittengesetz, und hier zeigt sich, daß selbst im engsten Kreise von Glaubens- und Parteigenossen die Ansichten über das, was für den Arbeiter sittlich geboten ist, weit, weit auseinandergehen. Und was die praktische Ausübung der Moralgelehre betrifft, so bitten wir den Mann, der sich über die „sozialdemokratische Klassenmoral“ entwirrt, einmal Umschau zu halten über die Art, wie die christlichen Gewerkschaften und die katholischen Fachabteilungen ihre Meinungen und Interessen widereinander durchsetzen. Da ist kein Wort des umfangreichen Schimpflegitons, das diese Brüder in Christo nicht widereinander angewendet haben, da ist keine Schlichtigkeit, die sie einander nicht nachgesagt haben, da ist kein Gegenstand, sei es Bierseidel, sei es Stuhlbein, sei es Gummischlauch, mit dem sie nicht aufeinander losgefahren sind!

Und diese Gesellschaft, die einander durch Glauben und Partei eng verbunden ist und dennoch sich die rechte Sittlichkeit abstreitet, die im Meinungskampf widereinander jedes noch so üble Mittel zur Anwendung bringt, sie entrüstet sich über diejenigen, die auf Grund der Geschichte und der Erfahrung die Ansicht äußern, daß die Sittlichkeit sich wandelt je nach Zeit und Ort und mit fortschreitendem Interesse; sie spielt sich als den Wohlwollenden gegenüber denjenigen auf, die es als Tatsache feststellen, daß dem Feinde gegenüber nicht das Sittengesetz, sondern das Kriegsrecht gelte. Das ist allerdings keine Klassenmoral, denn eine solche verabscheuen die Gewerkschaftsschriften, das ist Pharisäermoral!

Jahresbericht der Tariffkommission der deutschen Parkettleger.

In den Berichten der vergangenen Jahre mußten wir bereits unserem Bedauern Ausdruck verleihen, daß die Berichterstattung der einzelnen Sektionen regelmäßig in Abnahme begriffen sei, das Jahr 1908 machte hiervon ebenfalls keine Ausnahme. Im ganzen gingen 30 Berichte aus nachstehenden 11 Orten ein: Augsburg, Berlin (3), Breslau (8), Darmstadt, Hamburg, Hannover, Köln, Leipzig (11), Nürnberg, Weimar und Wiesbaden. Wenn sich die Gleichgültigkeit der Kollegen gegenüber der Berichterstattung nicht ganz bedeutend bessert, so ist die Zeit sehr nahe gerückt, wo der Tätigkeit der Tariffkommission ganz enge Grenzen in ihrem reichen Gebiete gezogen sind. Es wäre wirklich höchste Zeit, daß die Kollegen mehr Interesse für die auf ihr Drängen vom Verband errichteten Kommissionen an den Tag legen würden, ebenso hierüber mit ihren Sektions- bzw. Zahlstellenleitungen einmal Mitsprache zu halten, denn sonst ist wahrlich die feinerzeitige Konferenz das Geld nicht wert gewesen, welches der Verband hierfür aufwendete. Wir fühlen uns zu dieser Mahnung schon deshalb verpflichtet, weil es auch eine Zeit gab, wo jeder, der vor zu vielen Konferenzen bei anderen Branchen mahnte, als rückständig erklärt wurde. Gerade die jetzige Zeit, wo das Unternehmertum allüberall darauf ausgeht, die für uns ungünstige wirtschaftliche Konjunktur anzunutzen, um uns das mit schwerer Mühe und vielen Opfern Errungene wieder zu entreißen, ist ein festes gesellschaftliches Zusammenhalten doppelt notwendig, es ist daher auch doppelt notwendig, die vom Verbands auf Wunsch und Drängen der Kollegen eingesetzten Tariffkommissionen tatkräftig zu unterstützen und zu fördern, damit sie den vollen Anforderungen gerecht zu werden vermögen. Die Geschäftslage war eine überaus ungünstige. Seit Bestehen der Tariffkommission haben sich noch nie so viele

arbeitslose Kollegen gemeldet wie dieses Jahr, wogegen offene Stellen in kaum nennenswerter Zahl gemeldet waren; der Zentralarbeitsnachweis war somit nicht in der Lage, eine ersprießliche Funktion auszuüben. Erfreulich trotz der schlimmen Konjunktur ist nur, daß es den Kollegen in einzelnen Orten gelungen ist, weitere Verbesserungen zu erreichen. In München wurde am 1. Januar 1908 vom Arbeitgeberverband der Tarif zum 1. April gekündigt. Dem vorzüglichen Zusammenhalt, der erfreulichen Disziplin und dem Verständnis der Kollegen über die derzeitige Situation ist es zuzuschreiben, daß es gelang, den Tarif mit einigen Verbesserungen zu erneuern; daselbe ist von Leipzig zu sagen. Einen besonders schönen Erfolg hatten die Kollegen in Breslau zu verzeichnen, die nach achtägigem Streit einen Einheitsstarif errungen haben. Nur ihrer straffen Organisation haben sie es zu danken, daß sie trotz der nicht gerade günstigen Konjunktur auch die bekannte Firma Heine zwingen konnten, sich dem Tarifabkommen anzuschließen, was dieselbe bisher stets verweigerte. Ein Beispiel, das den Parkettlegern in vielen Orten zur Nachahmung zu empfehlen wäre. Ein ganz besonders schweres Leidens- und Kampfsjahr hatten unsere Kollegen in Berlin durchzukämpfen zur Erhaltung des bestehenden Tarifes. Gerade der Berliner Kampf zeigt wieder so recht deutlich, daß oberflächliche Agitation in günstiger Konjunktur uns gewaltigen Schaden bringen kann. In schlechten Zeiten tauchen dann die Indifferenten an allen Ecken und Enden auf, dazu gesellen sich dann noch einige zweifelhafte Elemente unter der Flagge der „Gelben“ oder „nationalen Arbeiter“, und unsere lächigen überzeugten Verbandskollegen haben geradezu Verzweiflungskämpfe um ihre Existenz zu führen. Ein anderes Beispiel, das unsere Aufmerksamkeit bei der Agitation und in unseren Kämpfen erfordert, sei auch aus Augsburg angeführt. Beim Gefängnisbau in Michach wurden etwa 4000 Quadratmeter Parkettböden in Submission vergeben. Den Zuschlag erhielt die Firma Reichl in Bruckmühl, um aber den von ihr anerkannten Münchener Tarif nicht bezahlen zu müssen, wurde nicht der Münchener Vertreter, sondern eine neu errichtete eigene Vertretung in Augsburg zur Ausführung angewiesen. Während nach dem Münchener Tarif 90 Pf. pro Quadratmeter für Legen zu zahlen gewesen wären, legten Augsburger Kollegen um 30 bzw. 35 Pf. auswärts die Böden. Doch dabei war nur ein Hungerverdienst zu erreichen. Es kam zum Streit und wurden dann 45 Pf. pro Quadratmeter Legerlohn erreicht, eine Verbesserung um 30 Proz., aber immerhin noch 50 Proz. niedriger als der Münchener Tarif. Solche Beispiele zeigen uns, worin unsere zukünftigen Aufgaben bestehen. In Zürich (Schweiz) wurde ein Tarif vereinbart, der ganz erhebliche Verbesserungen mit sich brachte. Der besonderen Beachtung der Parkettleger zu empfehlen ist eine Bestimmung dieses Tarifes, wonach jeder Leger ein Arbeitsbuch haben muß, in welches der Arbeitgeber jede Arbeit einzutragen hat. Das Buch ist Eigentum des Schweizer Holzarbeiterverbandes und dient letzterem zur Kontrolle der tariflichen Bestimmungen in jedem einzelnen Falle und bei jedem Arbeiter.

Unsere norddeutschen Kollegen, besonders denen im Rheinland, wurde eine nette Weihnachtsbescherung seitens des „Verbandsvereins deutscher Parkettfabrikanten“ zuteil durch die Herausgabe einer sechzehnjährigen Broschüre enthaltend eine „Zusammenstellung der wichtigsten Vorschriften über das Verlegen von Parkettböden“. Durch diese Vorschriften sollten „Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und auch mit der Mundschaft möglichst vermieden werden“, wie es im Vorwort so schön heißt. Unserer Meinung nach sind aber gerade solche einseitig erlassene Vorschriften eine unerschöpfliche Quelle von Streitigkeiten und Reibereien zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, und da jedenfalls anzunehmen ist, daß diese Vorschriften in weiteren Kreisen Nachahmung finden werden, seien hier einige Stichpunkte angeführt zu dem Zweck, unsere Kollegen aufzurufen, rechtzeitig auf der Hut zu sein, um sich nicht überfallen zu lassen. Die Vorschriften tragen nachstehende 17 Kapitelüberschriften: Vorwort, Lageplan und Warenverzeichnis, Materialprüfung und Materiallagerung, Abmessung der Räume, Krüftung des Bauzustandes und der Fußbodenunterlage, das Legen der Blind- und Parkettböden, Parkettböden mit Nut und Feder auf Blindböden oder Lagerhölzer, Staffböden in Asphalt verlegt, Abputzen der Parkettböden, das Wachsen oder Oelen, Abdecken des Parkettbodens, zweimaliges oder späteres Abziehen und Wachsen, Bescheinigung der Uebergabe und Abnahme fertiger Parkettböden, Fertigungsstellungsanzeige, Materialreste, Abschlagszahlung und Akkordlöhne, Wartezeit. In dieser hohen Schule für die Parkettbodenleger heißt es dann unter anderem: „Wenn vom Expediteur das Material im Souverain, Hausflur usw. abgesetzt wurde, so ist es Aufgabe des Legers, vor Arbeitsbeginn das Material sofort in diejenigen Räume zu bringen, wo es gebraucht wird.“ (1) Ebenso hat er das Material sorgfältig nachzuprüfen und etwaige Mängel dem Geschäft mitzuteilen.“ — Für alle diese Arbeiten bekommt der Parkettleger natürlich nichts. — Besonders muß sich der Leger davon überzeugen, ob sowohl der Bau, wie auch die Decken und das Füllmaterial vollständig trocken sind. — Beim Blindboden soll er sich hier von durch Herausnahme von durchgehenden Brettern überzeugen. — Auf unebenem Blindboden oder Beton darf der Leger keinesfalls Parkett verlegen und trägt er, wenn er dies trotzdem tut, die alleinige Verantwortung. Nur wenn sich der Bauherr unter schriftlich verpflichtet, für die Beseitigung vorstehender Mängel aufzukommen, kann der Leger Bezahlung dafür bekommen. (1) — Unwillkürlich drängt sich bei solchen Bestimmungen wohl jedem Parkettleger die einfache Frage auf: Wo bleiben denn da die Betriebsleiter und Geschäftsführer der Parkettfabrikanten, sollen diese abgeschafft werden nicht geringe Gehälter zur Verbesserung der Legerlöhne verwendet werden? — Denn bei genauer Einhaltung der Bestimmungen sind erstere doch überflüssig geworden. Wie viele Bauherren werden sich wohl dem Leger gegenüber schriftlich verpflichten? — Für Beschmutzung des Bodens ist, wenn nicht der Bauherr dies ausdrücklich anerkennt, der Leger verantwortlich. Ist erst-

Massiger Boden zu verlegen und solltu irrtümlich (1) Stäbe mitgeliefert worden sein, welche dem Begriffe erster Klasse nicht entsprechen, so dürfen diese Stäbe unter keinen Umständen verlegt werden, sondern es muß bei der Firma angefragt werden, ob das Material verlegt werden darf.“ — Solches geschieht wohl deshalb, um in der Fabrik oder am Lager ein paar Sortierer einzusparen auf Kosten der Leger. — „Die Wartezeit wird nur vergütet, wenn der Bauherr dies anerkennt.“ (1) — Im Zuge dieser Klitterlese geht es in diesem Aktus der Parkettfabrikanten dann weiter und hieraus ist schon zu ersehen, daß sich die liebevolle Fürsorge der Unternehmer so ziemlich auf alles erstreckt, was einem Parkettbodenleger zustoßen kann. Vieles ließe sich aus dieser Broschüre noch anführen, was näherer Betrachtung wert wäre, es wird aber jedenfalls noch eingehender über diesen Vorstoß des „Verbandsvereins der Parkettfabrikanten“ geredet werden müssen, daher begnügen wir uns mit der Anführung des Schlusssatzes über die Wartezeit, worin es heißt: „Hat der Leger wegen fehlendem Material, weil die Unterlage nicht in Ordnung ist oder aus einem sonstigen triftigen Grunde Aufenthalt, so daß er nicht arbeiten kann, so hat er für die entstehende Wartezeit nur dann Anspruch auf Entschädigung, wenn sich der Bauherr schriftlich verpflichtet, die Wartezeit des Legers zu bezahlen und wenn diese Bestätigung der Firma vorgelegt wird, so daß also dem Bauherren auch die Kosten ordnungsgemäß aufgerechnet werden können.“ — Solte nun unsere Kenntnis über spezielle Eigenschaften unserer Bauherren reichen, sind wir allerdings der Meinung, daß letztere sich hüten werden, den Arbeitern ein Schriftstück zu unterzeichnen, worin sie gleichzeitig die Haftung eines durch eigene Schuld ihrer Firma selbst entstandenen Schadens übernehmen. Sicher ist, daß es zu recht unangenehmen Streitfällen führen dürfte und daß sich Bauherr und Parkettfabrikant in brüderlicher Eintracht stets zusammenfinden werden, um den Arbeiter um die Kosten seines Schadens zu prellen. Der leidtragende Teil würde daher sicher stets der Arbeiter sein. Bei Ausübung dieser Vorschriften mußten die Arbeiter gleichzeitig einen Verpflichtungschein unterschreiben, dieselben sollte anzuerkennen. Rücksichtslos und einseitiger, wie in diesem Falle, dürfte das Unternehmertum wohl selten den Proben- und Herrenstandpunkt herborgehoben haben, und nicht mit Unrecht sehen die Kollegen in diesen Vorschriften, deren Einführung bereits versucht wurde, eine ganz bedeutende Verschlechterung und Beseitigung bisher geltender Tarifbestimmungen. Auf keinen Fall darf dieses Nachwerk ohne weiteres unterschrieben und anerkannt werden, die zuständigen Ortsverwaltungen sind sofort zu verständigen. Verschlechterungen sind bekanntlich oft schnell eingeführt, ihre Beseitigung aber recht schwer und nur nach schweren Kämpfen möglich. Das vorgelegte Nachwerk enthält ausschließlich nur Pflichten für uns Parkettleger, demgegenüber ist nicht das minimale Recht für uns darin enthalten. Damit wenden wir uns nicht gegen das Verlangen, eine saubere, solide Arbeit zu liefern, nein, diese Pflicht haben wir stets anerkannt, es wurde das Puschertum nirgends am energischsten bekämpft, als gerade in den Reihen der organisierten Arbeiterschaft; nicht immer sind aber die Arbeitgeber hierbei auf unserer Seite zu finden gewesen. Wir fordern für saubere, solide Arbeit aber auch eine anständige, menschenwürdige Entlohnung. Dazu sind wir nicht bloß berechtigt, sondern auch verpflichtet im Interesse unserer selbst und unserer Familien. Wie weit wir aber heute noch von solchen Forderungen entfernt sind, das zeigt uns die derzeitige Krise doch wohl wieder mit erschreckender Deutlichkeit. Solche und ähnliche Maßnahmen, sowie die verbotenen Lohnreduktionen, die Tarifbrüche, die die Herren Unternehmer mit Hilfe und Einwilligung von Indifferenten vorgenommen haben, wozu die uns überhörenden Meiste eine zu erste aber deutliche Sprache reden, zeigen uns, wohin die Art gehen würde, wenn nicht durch die Parkettleger mit ganzer Kraft dafür gesorgt würde, den Gedanken von der Notwendigkeit der Organisation nicht nur weiter zu verbreiten, sondern diesen auch zu vertiefen. Wo die Kollegen sich bisher schon dieser Pflicht bewußt waren, ist es sogar trotz der Krise gelungen, nicht nur geplante Verschlechterungen abzuwehren, sondern auch Verbesserungen zu erringen. Wir haben keine Ursache, den Kopf hängen zu lassen, sondern mutig vorwärts auf der Bahn, die wir mit Erfolg bisher beschritten, unermüdet agitiert und organisiert, bis der letzte Parkettleger auch einsehen gelernt hat, daß er allein ein hilfloses Geschöpf ist gegenüber den Bestrebungen der Scharfmacher und ihren Plänen. Je eifriger wir in diesem Sinne arbeiten, je mehr wir die eingesetzten Instanzen in diesem Bestreben unterstützen, desto eher werden wir das uns durch die Konferenz gesteckte Ziel zu erreichen vermögen.

Die Tariffkommission der Parkettleger Deutschlands.
J. A. Hans Ostermann.

Soziales.

Ein kleiner Fortschritt. Die Abgeordneten Greßbarts, Behrens, Hue und Sachse sind in Sachen der schwarzen Listen zum Staatssekretär des Innern berufen worden. Ferner sind eine Anzahl Arbeitgeber und Arbeitnehmer (Bergleute) zum preussischen Handelsminister geladen. Die Besprechungen werden sich auf die neue Berggesetznovelle beziehen.

Witwen auf dem Schlachtfelde der Arbeit. 9815 Tote und 134 888 Schwerverwundete, darunter 61 449 dauernd in ihrer Erwerbsfähigkeit voll oder zum Teil Beeinträchtigte lautet das amtliche Bulletin vom Schlachtfelde der Arbeit über das Jahr 1907. Nach dem Reichstage sollen zugegangenen Rechnungsergebnissen der Berufsgenossenschaft vom Jahre 1907 erreichte die Zahl der Opfer der Arbeit in dem einen Jahre 1907 die eben genannte gräuereiche Höhe. Als schwer verwundet rechnen wir hierbei diejenigen, bei denen die Folgen des Unfalls über die Zeit von 13 Wochen hinaus sich erstrecken. Die Gesamtzahl der im Jahre 1907 in den der Unfallgesetzgebung unterliegenden Betrieben zur Anmeldung gelangten Unfälle beträgt 662 901!

Welche Summe von Glend bergen diese Zahlen in sich!

Warnung vor Zuzug!

Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren.

- Zuzug ist fernzuhalten von: Tischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Fürth in Bayern (Ammerhörfer u. Haas), Meldorf, Swinemünde, Herford, Volkmann (Wöbelfabrik), Basel, Bern und Vevey in der Schweiz, Budapest, St. Loup in Frankreich, Korbmachern nach Fürstenberg a. Od., Guben, Schönebeck a. Elbe (Hildebrand), Klaviermachern nach Berlin (Wags u. Voigt, Warschauer Straße), Zürich, Pantinenmachern nach Treuenbriehen (Bubel).

Die Zahlen sind gegen das Vorjahr 1906 erheblich gestiegen. Im Jahre 1906 waren Unfälle insgesamt zur Anmeldung gelangt: 645 583, darunter Getötete 9141, schwer Verwundete 130 585.

Schuld an dieser furchtbaren Zunahme von Unfällen trägt die Nichtberücksichtigung der zur Verringerung der Unfälle seit Jahrzehnten von der Sozialdemokratie gestellten Anträge seitens der Regierungen und der bürgerlichen Mehrheit des Reichstages.

Die „nationale“ Betätigung des Kohlenhändlers. In den Monaten Januar bis November 1907 betrug die Steinkohlenproduktion des Kohlenhändlers 136 729 987 Tonnen gegen 131 393 100 Tonnen im Vorjahre. Die Ziffern der Kohlen-Ein- und Ausfuhr sind folgende: Es wurden nach Deutschland eingeführt: Steinkohlen seit 1. Januar 10 475 167 (12 549 210) Tonnen — davon aus England 814 763 (1 033 089) bzw. 9 258 604 (10 884 653) Tonnen.

Offizielle Statistik über Arbeiterbudgets. Das staatliche statistische Bureau Dänemarks veranstaltet in Gemeinschaft mit dem Gesamtverband wie mit den Ortskartellen der dänischen Gewerkschaften eine Untersuchung über die Einnahmen und Ausgaben der Arbeiterfamilien im Jahre 1909. Zu diesem Zwecke sind an eine große Anzahl von Arbeiterfamilien Haushaltsbücher verteilt worden, in die fortlaufend das ganze Jahr über die Einnahmen und Ausgaben in ihren einzelnen Posten gewissenhaft eingetragen werden sollen.

Allgemeine Arbeitslosenzählung in Schweden. Die schwedische Regierung hat auf den 12. Januar eine allgemeine Arbeitslosenzählung angeordnet und den sämtlichen Bezirksverwaltungen bereits die dazu nötigen Anweisungen zugestellt.

Die Arbeitslosigkeit hat eine ungeheure Ausdehnung angenommen. In den großen Städten, wie Stockholm, Göteborg, Malmö, waren nach den Angaben der Gewerkschaften schon im November mehr als 10 Proz. der Mitglieder ohne Arbeit.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nach der Vorschrift des Statuts hat im Monat Januar in allen Zahlstellen die Neuwahl der Lokalverwaltung und der Revisoren stattzufinden. Wiedewahl ist zulässig. Von allen Wahlen ist sofort nach ihrem Vollzug dem Verbandsvorstand Mitteilung zu machen, wobei auch die Adressen der Gewählten anzugeben sind.

Die neuergewählten Bevollmächtigten erinnern wir hierdurch daran, daß jede Zahlstelle ein Exemplar des „Correspondenzblatt der Generalkommission“ unentgeltlich geliefert erhält.

Der Umtausch der mit Jahreschluß aufgebrauchten Mitgliedsbücher muß bis spätestens Ende Februar beendet sein. Da statutenmäßig beim Restieren von 8 Beiträgen der Ausschluß zu erfolgen hat, laufen die Kollegen, die den Umtausch der Bücher bis zu dem angegebenen Termin versäumen, Gefahr, ihre alten Mitgliedsrechte zu verlieren.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt: 30650 Hermann Hamerter, Tischler, geb. 9. 4. 79 zu Garetst.

- 52200 W. Wüthner, Tischler, geb. 15. 1. 58 zu Seifersdorf. 100719 Heinrich Wernede, Tischler, geb. 19. 7. 77 zu Hösten. 109788 Runo Overt, Tischler, geb. 28. 11. 78 zu Dreisach. 177206 Fr. Christiansen, Polierer, geb. 28. 9. 87 zu Nordstrand. 177670 Albin Werlich, Tischler, geb. 27. 6. 88 zu Böhlen. 178522 Julius Seeger, Korbmacher, geb. 19. 7. 82 zu Schweitkranken. 248054 Konrad Krämer, Tischler, geb. 16. 6. 74 zu Köhritz. 305899 Moriz Grubenmann, Hilfsarbeiter, geb. 17. 6. 75 zu Abenzelle. 369294 Georg Lehmann, Stellmacher, geb. 5. 4. 88 zu Buchenberg. 428545 Franz v. Effen, Tischler, geb. 24. 10. 85 zu Wauken. 488981 Heinrich Zeunges, Tischler, geb. 24. 12. 59 zu Langenhain.

Von Zahlstellen eingekandt wurden im Monat Dezember nachfolgende Beträge:

- Gau Danzig: Gzerst 50 Mk., Danzig 200, Elbing 200, Gumbinnen 40, Königs 40, Lauenburg 30, Pr.-Solland 100 Mk. Gau Stettin: Anklam 80 Mk., Barth 50, Greifenhagen 30, Gütrow 250, Rastau 100, Reiz 30, Neustadt 60, Neustrelitz 100, Parchim 150, Pasewalk 35, Schwerin 400, Stettin 400, Stralsund 100, Strelitz 100, Warnemünde 60, Wismar 350, Wolgast 220 Mk. Gau Breslau: Bunzlau 100 Mk., Freiburg 900, Glogau 100, Görlitz 600, Gubrau 45, Herischdorf 150, Kirchberg 75, Jauer 100, Kattowitz 150, Königsbütte 250, Langenbielau 80, Langenöls 200, Lauban 100, Liegnitz 800, Meiß 100, Neusalz 40, Neiß 280, Oppeln 125, Ratibor 80, Rühnitz 50, Schildberg 30, Strehlen 60, Striegau 130, Waldenburg 150, Zabrze 30 Mk. Gau Berlin: Angermünde 100 Mk., Beelitz 61, Brandenburg 2400, Charlottenburg 300, Cottbus 300, Driesen 60, Erkner 70, Fehrbellin 60, Fielhne 35, Finsterwalde 500, Frankfurt a. O. 700, Französisch-Buchholz 50, Hennigsdorf 2635, Jüterbog 40, Klosterfelde 70, Landsberg 280, Lindow 71, Ludenwalde 500, Neuruppin 50, Priebus 70, Rathenow 200, Sagan 99,15, Schneidemühl 140, Schönwalde 100, Schwerin 50, Spandau 185, Spandau 300, Spremberg 150, Trebbin 100, Velten 50, Wittenerberge 200, Wittstock 9,30, Wriezen 80, Zehlendorf 10 Mk. Gau Dresden: Bautzen 800 Mk., Brand 470, Colmnitz 20, Cunnerdorf 150, Dippoldiswalde 500, Döbeln 250, Dresden 4000, Ebersbach 100, Eilenburg 80, Freiberg 100, Gersdorf 80, Glesau 150, Gr.-Schönau 30, Guben 100, Gumbitz 1400, Hainichen 100, Kößgenbrada 280, Leisnig 100, Leubsdorf 210, Löbau 100, Meissen 700, Mittweida 300, Mühlberg 36, Neuhäusen 150, Niederfelditz 500, Rostau 60, Deberan 50, Obernau 350, Rabenau 600, Radeberg 250, Riesa 236, Schmeitzersheim 100, Schönbach 140, Waldheim 500, Wilsdruff 400, Zittau 400 Mk. Gau Chemnitz: Aue 130 Mk., Auerbach 200, Brambach 35,90, Crimmitschau 200, Eilenburg 1100, Eisenberg 500, Froburg 100, Grimma 50, Hainichen 140, Jöhstadt 200, Kleinolbersdorf 100, Leipzig 5000, Limbach 90, Marktandorf 200, Meerane 100, Meitz 46, Schmälz 1200, Schönheide 150, Taucha 75, Thalheim 100, Triebes 150, Weida 50, Werba 180, Wilkau 180, Wurzen 100, Zeitz 1800, Zeulenroda 400, Zwickau 200 Mk. Gau Erfurt: Corbeitha 150 Mk., Eschwege 100, Frankenhäusen 800, Gotha 700, Gräfenroda 90, Hildburghäusen 100, Jena 200, Kellra 142, Langensalza 100, Langewiesen 200, Leisitz 120, Mellenbach 375, Mühlhausen 100, Naumburg 150, Neustadt 70, Nordhausen 100, Ohrdruf 180, Pöfned 70, Rudolstadt 150, Ruhla 90, Saalfeld 100, Sonneberg 60, Waltershausen 200, Weimar 600 Mk. Gau Magdeburg: Aken 48,30 Mk., Bernburg 250, Blanenburg 100, Braunschweig 1000, Cöthen 400, Delitzsch 60, Eisleben 300, Gardelegen 200, Gärten 70, Helmstedt 200, Hohlau 100, Sangerhausen 100, Schönebeck 100, Staßfurt 60, Stendal 240, Wernigerode 400 Mk. Gau Hamburg: Ahrensburg 160 Mk., Apenrade 60, Brack 75,90, Burgdamm 500, Cuxhaven 120, Delmenhorst 200, Elmshorn 100, Estebrügge 170, Flensburg 200, Gaderleben 100, Garburg 300, Geise 60, Gufum 100, Iphoe 100, Lüneburg 270, Marne 100, Meldorf 80, Norden 100, Nordham 100, Oldenburg 550, Oldesloe 173, Preek 50, Rendsburg 100, Stade 40, Süderbrarup 45, Wegesack 300, Wilhelmshaven 350 Mk. Gau Hannover: Bielefeld 800 Mk., Bramsche 77, Bünde 300, Cassel 500, Celle 450, Delligsen 40, Einbe 90, Göttingen 280, Hameln 100, Herford 1100, Hildesheim 200, Lage 100, Lehrte 100, Melle 230, Minden 340, Osnabrück 400, Quadenbrück 260, Seesen 50, Soltau 75, Uelzen 200, Ilster 150 Mk. Gau Düsseldorf: Aachen 100 Mk., Dortmund 700, Düsseldorf 780, Duisburg 200, Eberfeld 800, Emmerich 50, Gelsenkirchen 300, Gummersbach 80, Sagen

200, Hamm 100, Herne 50, Köln 1500, Krefeld 300, Lützencheid 100, Mülheim 100, Oberhausen 200, Paderborn 100, Recklinghausen 100, Remscheid 100, Ronsdorf 80, Schwelm 150, Siegen 120, Soest 40, Solingen 120, Wierfen 50, Wals 150, Werden 70 Mk.

Gau Frankfurt: Melsfeld 70 Mk., Burbach 25, Fachsenheim 200, Großkarben 27, Hanau 200, Heilstein 50, Kellheim 200, Ludwigshafen 150, Mannheim 800, Michelstadt 60, Montabaur 70, Mühlheim 60, Oberramsbach 100, Oberstein 50, Offenbach 500, Oggersheim 70, Pirmasens 74,80, Rumpenheim 199,35, Spremlingen 150, Trier 50, Wilsel 75, Wehlar 80, Zweibrücken 110 Mk.

Gau Nürnberg: Ansbach 100 Mk., Bayreuth 300, Erlangen 200, Geroldsheim 154,30, Herzogenaurach 40, Kronach 30, Nördlingen 75, Nürnberg 3000, Ochsenfurt 5,60, Reichelsdorf 95, Rothenburg 100, Schopflach 60, Schwabach 50, Selb 90, Wendelstein 13,85 Mk.

Gau München: Berchtesgaden 41 Mk., Bruckmühl 20, Ingolstadt 50, Kaufbeuren 50, Kempten 100, Lam 14, Miesbach 40, Passau 50, Penzberg 20, Pfarrkirchen 40, Prien 35, Reichenhall 70, Rosenheim 30, Straubing 100, Tölz 150, Zwickel 20 Mk.

Gau Stuttgart: Aalen 0,62 Mk., Asperg 100, Bietigheim 90, Kolmar 300, Ebingen 125, Emmendingen 64, Eßlingen 150, Gebrweiler 30, Hall 100, Heilbronn 150, Holzgerlingen 57,20, Kirchheim 200, Leitzkirch 50, Leutkirch 48, Lorch 59,55, Markkirch 13,80, Meßingen 121,40, Neuenbürg 96,55, Pforzheim 500, Raffatt 100, Schorndorf 60, Schramberg 100, Staufeu 50, Steinheim 256,13, Stuttgart 906,41, Sulzbach 3,28, Ulm 300, Willingen 210,75, Waldkirch 90, Zuffenhausen 300 Mk.

Die Verwaltungen und Revisoren werden ersucht, vorstehende Quittung zu prüfen und etwaige Unstände sofort an uns zu berichten.

Aufgeführt sind nur solche Beträge, welche bis Ende Dezember in Händen des Kassierers waren.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2. Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Burg bei Magdeburg. (Vergolder.) In der vor kurzem wieder neu eröffneten Gold- und Polierleistungsfabrik in Firma Wattenberg haben die Kollegen alle Ursache zur Beschwerde. Die Betriebsleitung glaubt die ungünstige Konjunktur durch Lohnreduzierungen ausnützen zu können, denn während vor der BetriebsEinstellung der Höchstlohn 54 Pf. pro Stunde betrug, ist er jetzt auf 42 Pf. pro Stunde gesunken. Den dort beschäftigten Kollegen ist es unmöglich, Remedur zu schaffen, solange nicht jeder Zuzug nach Burg unterbleibt. Es werden deshalb alle in Betracht kommenden Kollegen ersucht, Burg unter allen Umständen zu meiden, auch selbst dann, wenn die Fabrikanten dem beliebigen Trick, in Arbeiterblättern Arbeiter zu suchen, huldigen. Nur dann werden die Herren Unternehmer ihren Arbeitern wieder einigermaßen auskömmliche Löhne zahlen.

Eisleben. (Korbmacher.) Die Firma G. Wicht, Rohrwarenfabrik, in Eisleben sucht in verschiedenen Zeitungen tüchtige Korbmacher bei hohem Verdienst. Den reisenden Kollegen sei hierdurch mitgeteilt, daß hier gegenwärtig Drillinge angefertigt werden für 2,25 Mk., welche aber im Laufe nächster Woche fertig werden. Ferner offeriert Herr Wicht jetzt seinen Korbmachern, die alle organisiert sind, Drillinge für 1,75 Mk. und Halteklappen für 4 Pf. In einer Versammlung wurde Stellung dazu genommen, und wurde es einstimmig abgelehnt, diese Arbeiten für den gebotenen Preis anzufertigen. Die Kollegen werden ersucht, dieses zu beachten und nur durch die Vermittelung unseres Arbeitsnachweises, Katharinenstraße 16a, Arbeit anzunehmen.

Kirchheim D.-L. (Berichtigung.) In Nr. 52 der „Holzarbeiter-Zeitung“ vom 26. Dezember 1908 sind unter der Rubrik „Korrespondenzen“ Angriffe, von nur zwei unserer Arbeiter ausgehend, gegen unsere Firma enthalten, die schon deshalb nicht un widersprochen bleiben dürfen, weil sie durchaus unwahr sind:

- 1. Vollständig unwahr ist, daß Lohnkürzungen vorgenommen sind. 2. Kein verheirateter älterer Arbeiter mußte jemals mit 12 Mk. Wochenlohn nach Hause gehen, selbst der Gewährsmann Oberle nicht, der seit ¼ Jahr in unserem Betrieb beschäftigt ist. Dieser hat vielmehr seit dem Tag seines Eintritts in unsere Firma, ausweislich seines Lohnbuches, durchschnittlich 39 ½ Pf. pro Stunde verdient und erhalten, somit wöchentlich 22,50 Mark und nicht bloß 12 Mk. 3. Der jüngere Arbeiter, der angeblich kalt zu Mittag speisen mußte und sich nicht satt essen konnte, war ein auf Probe angestellter Raubthunmer gemessen, der ledig war, und trotz des Mangels der von ihm angegebenen und beschriebenen Fähigkeiten, weshalb er bald als unbrauchbar entlassen werden mußte, ausweislich seines Lohnbuches einen Wochenlohn von 15,90 Mk. erhalten hat, also durchschnittlich 3,90 Mk. mehr, als die verheirateten älteren Affordschreiner (3. 2), wenn sie nur 12 Mk. Wochenlohn erhalten hätten, wie der zu berichtigen Artikel fälschlicherweise behauptet.

Gebäude der Holz u. Gerber.

Mittelstadt i. Obenwalde. Die hiesige Zahlstelle unseres Verbandes besteht nunmehr über drei Jahre. Legen wir uns nun einmal die Frage vor: was hat die Zahlstelle seit ihrem Bestehen bezweckt, und welche Vorteile haben die Kollegen durch sie errungen, so wird die Antwort hierauf gewiß eine zufriedenstellende sein. Zunächst sei hier gesagt, daß alle Erfolge, die wir erzielt haben, nicht durch monatelangen Kampf, sondern durch friedliche Unterhandlungen herbeigeführt wurden. Nur durch unsere Organisation haben wir den Beihinstudentag erlangt; Aufbesserung für Ueberstunden erzielt und auch schon manche Lohn-erhöhung erreicht. Bedauerlicherweise hat aber ein großer Teil unserer Kollegen teils aus persönlichen Differenzen und Kleinlichkeiten, teils aus Gleichgültigkeit der Organisation den Rücken gekehrt. Mögen sich doch dieselben jetzt sein lassen, daß die Zeit nicht feine ist, an welcher auch ihnen wieder die Schuppen von den Augen fallen und sie einsehen werden, daß sie auf diesem Wege kein besseres

Dasein zu erwarten haben. Den treuen Kollegen aber rufen wir zu: Haltet fest zu Eurer Berufsorganisation. Es ist nicht aller Tage Abend. Die Zukunft muß doch unser sein.

Münsterberg. (Maschinennarbeiter.) In den letzten Mitgliederversammlungen wurde ein Anschreiben der Stuttgarter Kollegen zur Kenntnis gebracht, aus welchem zu ersehen war, daß die dortigen Kollegen es sich angelegen sein lassen, uns mit neuem Material an die Hand zu geben. Die hiesigen Kollegen haben sich dahin ausgesprochen, daß wichtige Fragen, die noch nicht in unseren Statistikkbogen eingeschaltet sind, der Verwaltung überwiesen werden. Was das letzte Jahr anbelangt, so kann dasselbe in bezug auf Streiks und Lohnbewegungen als ein ruhiges bezeichnet werden. Der Stundenlohn blieb auf seiner Höhe, der Durchschnittslohn stieg um 1 Pf. Die Arbeitsräume lassen allerdings in sanitärer und hygienischer Beziehung noch sehr viel zu wünschen übrig, aber trotzdem geht es vorwärts. Der Besuch der Versammlungen durch die Mitglieder dürfte besser sein, er kann aber im Verhältnis zur Mitgliederzahl als leidlich bezeichnet werden. Leider sind es immer die gleichen Gesichter. Bedauerlicherweise sind es namentlich die Kollegen, die sich in ständiger Stellung befinden und einen hohen Stundenlohn haben, die es nicht für nötig finden, auch nur ein- bis zweimal im Jahre in ihre Versammlungen zu gehen. Es scheint fast, als glaubten diese Kollegen, sich in einer lebenslänglichen Versorgungsanstalt zu befinden. Auch muß einiger Kollegen gedacht werden, die glauben, bei jeder Gelegenheit den Verwaltungskörpern Knüttel zwischen die Beine werfen zu müssen. Daß ein solches Gebaren als ein unwürdiges und nicht im Interesse des Verbandes liegendes bezeichnet werden muß, braucht nicht näher erörtert zu werden. Es sei noch auf die kommende Generalversammlung hingewiesen, und werden die Kollegen ersucht, vollzählig zu erscheinen. Da es bis jetzt den älteren Kollegen noch niemals an Mithrigkeit gebrach, so darf erwartet werden, daß dieselben auch im kommenden Jahre voll und ganz ihre Kraft hingeben für ihre Sektion. Wenn das geschieht, dann können wir uns der Ueberzeugung hingeben, daß die Sektion blüht und gedeiht und auch fernere weitere Erfolge zeitigen wird.

Schleibitz. Die wirtschaftlichen Verhältnisse am Orte sind nicht gerade die besten; so müssen sich die Kollegen in einem Betriebe, welcher hier speziell maßgebend ist, oftmals von seiten der Meister wie Chefs eine geradezu unwürdige und ungerechte Behandlung gefallen lassen. Wagt es einer auch nur im geringsten zu opponieren, so fliegt er hinaus. Diese Zustände werden noch verschärft durch die wirtschaftliche Krise, welche hier eingeseht hat und so sind die einzelnen Kollegen der Gnade oder Ungnade der Chefs wie Meister ausgesetzt. Nur ein Beispiel sei erwähnt. Die Chefs haben sich schon zweimal erlaubt, für Afforde, welche bereits 2, 3 bis 4 Monate vorher fertiggestellt waren, noch Abzüge zu machen für Arbeit, welche durch die technische Verbesserung der Maschinen den Kollegen abgenommen wurde. Ist diese Handlungsweise auch mit der Gewerbeordnung nicht im Einklang zu bringen, so erlauben sich die Herren doch, weil sie wissen, daß die Kollegen kein Rückgrat besitzen, dieses ungeschickliche Gebaren zurückzuweisen. Es bleibt den Arbeitern dadurch weiter nichts übrig, als den Schmachtritten immer enger anzuschließen. Wir beschränken uns auf dieses eine Beispiel, doch können noch verschiedene angeführt werden. Läßt doch die Behandlung oftmals auch viel zu wünschen übrig. Besonders groß ist in dieser Beziehung der Meister Bergner, welcher früher, als er selbst Geselle war, den Mund nicht voll genug nehmen konnte, wenn ihm einer zuzuhörte. Die Arbeiter sind ja auch oftmals sehr misgunstig über die Behandlung die ihnen zu teil wird und machen eine geballte Faust in der Hosentasche, aber öffentlich aufzutreten, dazu finden sie nicht den Mut. Kollegen! Cohen diese Zustände immer so weiter gehen? oder wollt ihr, daß es auch weiter so in wirtschaftlicher Beziehung hier am Orte wird? Wollt ihr Euch nicht auch ein Mitbestimmungsrecht im Arbeitsverhältnis sichern? Davon ist hier absolut nichts zu spüren. In einem Betriebe ist wohl ein Arbeiterausschuß, aber nur mündlich anerkannt, nicht schriftlich; er tritt nur in Funktion, wenn es gilt, für die Chefs etwas zu erzielen. Auch wäre es sehr nötig, daß sich die Kollegen etwas mehr Achtung verschaffen. Natürlich müssen sie dann auch wenn es gilt, eyakt auftreten und sich nicht oftmals wie minderjährige Personen behandeln lassen. Nun Kollegen! Mängel und Mißstände sind in großer Zahl vorhanden und es gilt, sie zu beseitigen. Ist auch die Zeit jetzt nicht mehr dazu angetan, so muß mit aller Energie in der Zeit der Prosperität auf Verbesserung der Lebenslage gedrungen werden. Dazu ist vor allen Dingen eine straffe Organisation notwendig, finanziell gut gestellt, groß an Mitgliederzahl. Jeder muß es sich zur Pflicht machen, mindestens einen Indifferenten der Organisation zuzuführen, und dann gilt es, daß sich jeder richtig in das Organisationswesen und dessen Ziele vertieft, damit wir zu gegebener Zeit gerüstet der Arbeit gegenüber stehen. Einigkeit muß da sein, Fühlung unter den Kollegen selbst, dieses fehlt hier sehr. Die Versammlungen müssen zahlreich und regelmäßig besucht werden. Der Versammlungsbesuch ist das Barometer, welches das Interesse und Verständnis der Kollegen im wirtschaftlichen Kampfe anzeigt. Möge jeder Kollege diese Zeilen beherzigen und danach handeln, dann wird es auch hier besser werden.

Witten. (Modellschreiner.) Die Organisation der Modellschreiner liegt hier im westfälischen Industriegebiet noch sehr im Argen. Hier und da sind einige im Verband, aber die Mehrzahl steht der Organisation noch vollständig fern. Dem Jahresbericht der Zentralkommission war zu entnehmen, daß wohl in allen Gauen die Modellschreiner sich mehr und mehr organisieren, insbesondere im Gau Düsseldorf von den Modellschreiner absolut nichts zu hören ist. Da die Zahl der Modellschreiner im hiesigen Gau eine ziemlich hohe ist, müßte es Aufgabe der Lokalverwaltungen sein, durch Hausagitation zu versuchen, die Modellschreiner für die Organisation zu gewinnen. Von den 50 hier am Orte beschäftigten Modellschreiner gehörte jahrelang nur einer der Organisation an. Im letzten Herbst haben wir durch Hausagitation 12 neue Kollegen gewonnen. Dieser Erfolg genügt uns allerdings noch nicht, wir werden

nicht eher ruhen, bis auch die übrigen dem Verbands sich angeschlossen haben. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse hier am Orte sind mit einigen Ausnahmen noch sehr verbesserungsbedürftig. Soll hier einmal eine Forderung zum Besseren eintreten, so ist es notwendig, daß sämtliche Kollegen organisiert sind. Es ist aber auch Pflicht sämtlicher Kollegen, die Mitgliederversammlungen vollzählig und pünktlich zu besuchen. Nun, Kollegen, im neuen Jahre frisch ans Werk, stelle ein jeder seinen Mann in der Agitation, denn nur durch eine starke Organisation können bessere Verhältnisse geschaffen werden.

Wulsdorf. Von vielen Kollegen erhielten wir die Aufforderung, doch einiges über die jetzige Lage hier am Orte zu berichten. Einige Kollegen glauben in ihren Anfragen durchblicken lassen zu müssen, daß wir hier beim letzten Wehrtkampf wohl nicht unsere Schuldigkeit getan hätten und deshalb wohl nicht recht mit der Wahrheit herauszuwollten. Wäre dies der Fall und hätten die leitenden Personen nicht ihre Pflicht erfüllt, dann wäre ihnen wohl hier in den Versammlungen schon gehörig der Marsch geblasen worden, besonders von den verheirateten Kollegen, welche während der Aussperrung auswärts arbeiteten. Von allen Kollegen ist anerkannt, daß unter den obwaltenden Umständen kein anderes Resultat zu erzielen war. Uebrigens, rein zahlenmäßig betrachtet — und das berichteten wir ja schon — ist unser Kampf nicht einmal so ungünstig beendet. Das Holzfortieren ist formell abgeschafft, wird aber meistens — in beschränktem Maße überall — noch ausgeführt! Aber wir leiden unter der Krise in bisher ungekanntem Maße. Es mögen im letzten Jahre circa 70 000 Körbe hier weniger verbraucht sein. Dazu die Konkurrenz aus jenen Gegenden, wo man bisher für die chemische Industrie, für Eisenversand usw. arbeitete. Die allgemeine Handelskrise, das Auflegen von Schiffen bedingte einen Ueberfluß von Korbmachern in den Hafenorten. Alles dies zeitigte ein Ueberangebot von Körben. Dazu kommt die Schmutzkonkurrenz aus Kinteln und Bippe, wo zum Teil nur die Hälfte an Arbeitslohn wie hier gezahlt wird. Unser Bahnhof bietet das Bild eines großen Korblagers. Ganze Waggons Körbe sind dort aufgestapelt. Während der Aussperrung haben die hiesigen Arbeitgeber so große Abschlässe getätigt, daß sie jetzt nicht wissen, wohin damit. Unter solchen Umständen hat es natürlich lange gedauert, bis alle Ausgesperrten untergebracht wurden, und auf wie lange ist eine große Frage. Von den ursprünglich auf die schwarze Liste gesetzten Kollegen ist niemand wieder in die alten Betriebe, welche nicht die Hälfte der früheren Leute beschäftigen, hineingekommen. Sie sind in anderen neuentstandenen Betrieben untergebracht. Bei Warre in der Höhe ist keiner von den alten Leuten wieder eingestellt. Zu allem kommt eine unverantwortliche Lehrlingszüchterei. Die Folge der geschilderten Situation ist ein großer Preisdruck, und wenn Lohnabzüge, welche schon angedroht wurden, noch nicht gemacht wurden, dann liegt der Grund zunächst noch in der Tatsache, daß unsere Unternehmer selbst nicht die Ueberzeugung haben, daß wir besiegt sind. In all diesen schwierigen Lagen ist unsere Organisation noch fest, und ungeschwächt ist der Mut unserer Kollegen, welcher sich während der 14 wöchentlichen Aussperrung so schön zeigte. Aber ein sicheres Zeichen für ungesunde Verhältnisse im Beruf ist das Entstehen vieler kleiner Existenzen. Während und nach der Aussperrung hat sich die Zahl der Betriebe verdoppelt und dürfte noch weiter steigen. Dieser Erscheinung haben wir fortgesetzt unsere ganze Aufmerksamkeit zu widmen, um so mehr, als die meisten dieser kleinen Kräuter — meist ohne Mittel — nur ein Heimarbeitersdasein fristen und von unseren Gegnern gelegentlich gegen uns ausgespielt werden dürften. Wir müssen auch bei dieser Gelegenheit wieder darauf aufmerksam machen, daß die gesamten Grüntorbmacher in ihrer Existenz von der Kintelner Gegend bedroht werden. Geht es nicht dort zu, so fassen dann dürsten die Grüntorbmacher hier in der Gegend. Ihre Gegend hat es in erster Linie zu danken, daß unsere Bewegung auch besser endete. Jene Gegend, welche jeden anderen Ort ebenso jeden Augenblick mit Körben überfluten kann, muß gewonnen werden, wenn wir unsere Positionen sichern und Fortschritte machen wollen. Es wäre eine dankbare Aufgabe für die Zentralkommission, einmal festzustellen, wohin überall von Kinteln Arbeit und in welcher Menge geliefert wird.

Bemerken müssen wir noch, daß unser früherer Bevollmächtigter Johannes Seimann, als jetziger Arbeitgeber, bei unserer Aussperrung auch unseren Arbeitgebern Hilfsdienste geleistet hat. Wurde doch von einem unserer Meister versichert, daß sie in der Mitte der Aussperrungszeit ohne dessen Hilfe hätten nachgeben müssen. Unsere letzte Versammlung beauftragte die Lokalverwaltung, in Unterhandlung mit der Zahlstelle Bremerhaven, zwecks Anschluß an dieselbe, zu treten. Die nächste Versammlung soll alsdann die Anschlussfrage weiter diskutieren. Unsere auswärtigen Kollegen mögen berichtet sein, daß Wulsdorf auch in Zukunft seine Schuldigkeit tun wird. Allerdings werden wir nicht immer jeden Krampf öffentlich ausspielen können.

Unsere Lohnbewegung.

In Bremen ist die Aussperrung der Tischler nunmehr beendet, nachdem auch die Unternehmer den Schiedspruch des Einigungsamtes angenommen haben. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen. Näherer Bericht folgt.

In Fürstenberg haben in der letzten Woche zwei Kollegen von den Streitenden zu dem alten Lohn Arbeit gefunden. Am 8. Januar suchte der Meister Schuberth zwei seiner streitenden Gesellen auf (die anderen beiden arbeiten schon) und frag, ob sie nicht kommen wollen, um zu arbeiten; er will ihnen 10 Pf. pro Stück zulegen, also bloß noch 15 Pf. pro Stück abgeben. Da aber Schuberth jetzt größere Aufträge erhalten hat, so hoffen wir, daß er auch bald wieder den alten Lohn zahlt. Zugang ist noch fernzuhalten.

In Woldorf ist der am 14. August 1906 mit der Firma Albers u. v. Drathe r abgeschlossene Vertrag von dieser am 1. Dezember 1908 gekündigt worden; gleichzeitig wurde unsere Lohnkommission aufgefordert, Vorschläge zu neuen Vereinbarungen zu machen. Da unsere Kollegen

es der Firma, als dem Teil, der gekündigt hat, überlassen, neue Vorschläge zu machen, bot diese eine Verlängerung des Vertrages auf ein Jahr an, mit der gegen die ledigen Kollegen gerichteten Verschlechterung, daß für auswärtige Arbeit statt, wie bisher, 2,50 Mk. nur noch 1,50 Mk. Zuschlag gezahlt wird. Dieser Vorschlag mußte abgelehnt werden, und da die Firma sich auf eine unveränderte Verlängerung des Vertrages bis zum Sommer nicht einließ, wurde ihr eine Verlängerung auf ein Jahr zugestanden, mit der Maßgabe, daß im Jahre 1910 die 9 1/2 stündige Arbeitszeit eingeführt werde bei Lohnausgleich. Mit der Einführung der neun-einhalbstündigen Arbeitszeit war die Firma einverstanden, aber sie wollte von der Beibehaltung der bisherigen Montagetagezuschläge nichts wissen, und auch bei der Verkürzung der Arbeitszeit nur den Stundenlohn um einen Pfennig erhöhen. Da dies einen Lohnausfall von 1,20 Mk. pro Woche bedeutete hätte, wurde der Vorschlag von den Kollegen abgelehnt, worauf am 2. Januar sämtliche Tischler und Maschinennarbeiter ausgesperrt wurden. Wir bitten den Zugang fernzuhalten.

In Kottbus ist der Tischlermeister Hellwig verkränkelt geworden. Er verlangte von seinen Leuten, in Zukunft, statt der vertraglichen 58 stündigen Arbeitszeit, 58 Stunden pro Woche zu arbeiten. Als die Kollegen sich weigerten, wurde einer als der vermeintliche Störführer entlassen. Herr H. glaubt während der Krise seinen Willen durchzusetzen, und dazu ist jedes Mittel recht. Dabei ist Herr Hellwig noch Arbeitgeberbesitzer am hiesigen Gewerbegericht. Zugang ist fernzuhalten.

In Wiesel sind in dem Betrieb des Schreinermeisters Josef Tisch Differenzen ausgebrochen. Zugang ist fernzuhalten.

Ausland.

In Zürich haben die Holzarbeiter ihren bestehenden Kollektivvertrag auf den 31. März 1909 gekündigt. Während die Gehilfen sich stets an den Vertrag hielten, haben die Meister einen Vertragsbruch nach dem anderen begangen, ohne daß es der Gewerkschaft möglich gewesen wäre, gegen die Uebergriffe der Meister vorzugehen. Durch die Kündigung will auch die Gewerkschaft die Fesseln des Kollektivvertrages abstreifen, um Umgeehrlichkeiten energisch entgegenzutreten zu können. Die ausländischen Kollegen tun daher gut, Zürich vorläufig zu meiden, zumal schon seit längerer Zeit eine enorme Arbeitslosigkeit unter den Schreineren vorherrschend ist.

Aus der Holzindustrie.

Herr Rahardt und die Gelben.

Es war im Mai des Jahres 1907. Die organisierten Holzarbeiter Berlins standen bereits 16 Wochen lang im Kampfe zur Verteidigung ihrer Existenz. Da meldeten die Zeitungen, daß in Berlin die Gründung einer gelben Gewerkschaft der Holzarbeiter vollzogen worden sei. „Der fürchtbare Terrorismus, der sich in der Arbeitnehmerorganisation eingemurzelt hat und in erbarmungsloser Weise gegen Anorganisierte in Anwendung gebracht wird“, sollte nach dem Aufruf zur Gründungsversammlung der Nichtorganisierten veranlaßt haben, „sich zusammenzuschließen, um sich gegen diesen schädlichen Terrorismus zu wehren“. Der Verein wurde denn auch gegründet; er erhielt die Firma „Deutscher Handwerker-Schutzverband“.

Der Verband, der seinen Sitz in Berlin hat, bezweckt, die geistige und gewerbliche Ausbildung seiner Mitglieder zu fördern sowie ein friedliches und geselliges Verhältnis zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern herbeizuführen. Politisch darf in Verbands nicht getrieben werden. Derzeit besteht im Verbande nicht getriebene Beschäftigten Arbeiter. Der Beitrag beträgt wöchentlich 30 Pf. Freiwillige Beiträge werden vergütet und bei Unglücksfällen sowie beim Tode der Angehörigen oder nach zehnjähriger Mitgliedschaft zurückbezahlt. In Krankheitsfällen erhalten die Mitglieder eine Unterstützung von wöchentlich 7 Mk. bis zu 26 Wochen.

Am 1. Oktober 1907 soll die Mitgliederzahl des gelben Verbandes bereits auf 600 gestiegen sein. Kein Wunder, wenn man berücksichtigt, daß die gelbe Sache von seiten des Unternehmertums kräftig unterstützt wurde.

Wir haben von allem Anfang an betont, daß auch dieser gelbe Verband, wie alle gelben Organisationen, seine Entstehung den organisierten Unternehmern verdanke. Wir haben ferner wiederholt ausgeführt, daß an dieser Gründung Herr Rahardt selbst sehr stark interessiert sei. Für das erstere war allein schon die Gründungsversammlung, für das zweite die Tätigkeit, in der die Arbeitgeberschutzverbandsführer das große Wort führten. Herrn Rahardts Patenschaft bei der gelben Gründung war unter anderem aus der Betriebsamkeit des Herrn Meinte, dem Ablatus des Obermeisters der Berliner Tischlerinnung, sowohl in der Gründungsversammlung wie auch bei der Leitung des gelben Vereins zu ersehen. Wie sehr wir recht hatten, als wir die Beziehungen des Herrn Rahardt zu dem gelben Verein beleuchteten, das zeigen die Lebius-Briefe, die jetzt unter dem Titel „Der gelbe Sumpf“ erschienen sind. Da schreibt unter anderem Herr Lebius an Herrn Rahardt:

Herrn Obermeister Rahardt, Alexanderstr. 31. Sehr geehrter Herr Obermeister! Der gelbe Arbeitssumpf hat den Meinte'schen Handwerker-Schutzverband in seinem Arbeitsnachweis, Chausseestraße 9, gern unterkunft gewährt. Im Vergleich zu unseren blühenden gelben Arbeitervereinen in der Metallindustrie führt nun der gelbe Tischlergesellenverein ein gar graßliches Dasein. Wir glauben, daß es möglich wäre, auch den Tischlergesellenverein in die Höhe zu bringen. Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie einigen unserer Bundesvorstandsmitglieder gestatten

würden, bei Ihnen vorzusprechen, um die Maßnahmen zur Hebung des Tischlergesellenvereins zu erörtern.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Nudolf Lebius,

Herrn Obermeister Kahardt, Alexanderstr. 31.

Von Ihrer freundlichen Erlaubnis werden wir Gebrauch machen und Ihnen am nächsten Freitag zwischen 5 und 6 Uhr einen Besuch abstatten.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Nudolf Lebius.

Herrn Obermeister Kahardt, Alexanderstr. 31.

Sehr geehrter Herr Obermeister!

In der Freitagnummer des „Vorwärts“ findet sich ein längerer Artikel über Meinte. Es wird dort die Mitteilung gemacht, daß Meinte zwei Tage vor der Verhandlung seine Privatklage gegen den „Vorwärts“ zurückgezogen hat. Natürlich wird jetzt jeder sozialdemokratische Arbeiter behaupten, die Anklage des „Vorwärts“ gegen Meinte hätte der Wahrheit entsprochen.

Bisher haben unsere Leute den sozialdemokratischen Verbändlern stets erwidert, wenn diese auf die „Vorwärts“-Anklage gegen M. hinwiesen, daß M. geklagt habe und die Gerichtsverhandlung alles weitere ergeben werde. Was sollen unsere Gelben in den Werkstätten nun den Notizen antworten? Ich halte es für selbstverständlich, daß M. sofort sein Amt niederlegen muß. Andernfalls bekommt unser junger Verein einen Todesstoß. Ich glaube, daß Oberländer den Verein in die Höhe bringen kann. Der gelbe Maurerverein kommt jetzt, wo wir den bisherigen Vorstand entfernt haben, überraschend gut vorwärts. Unseren gelben Holzarbeitervereinen tut eine solche Erneuerung des Vorstandes ebenso dringend not.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Nudolf Lebius.

Nach diesen Briefen zu schließen, scheint Herr Kahardt der eigentliche Macher des gelben Vereins zu sein. Denn in allen Fragen, die den gelben Verein angehen, wendet sich Herr Lebius nicht an Herrn Meinte, den nominellen Leiter des gelben Handwerkerschulverbandes, sondern an Herrn Kahardt. Und Herr Kahardt geht zum Teil auf die die Gelben angehenden Wünsche des Herrn Lebius auch ein, wie wenn es sich dabei um die selbstverständliche Sache von der Welt handelte. Kein Zweifel, auch Herr Kahardt fühlt sich ganz als der Macher der gelben Holzarbeiterbewegung.

In welchem Maße erscheint hier Herr Kahardt! Er, der gemeinsam mit dem Deutschen Holzarbeiterverband in Tarifbewegung macht und zu gleicher Zeit gegen denselben Deutschen Holzarbeiterverband gelbe Organisationen gründet.

Nicht ohne Interesse nehmen wir übrigens von der Mitteilung des Herrn Lebius Kenntnis, daß der Meinte'sche Handwerkerschulverband ein „gräßliches Dasein“ führt.

Auf dem Gimpelgang. Aus Fürth wird uns geschrieben: „In Nr. 2 des Organs „Die Eiche“ (Hirsch-Dunderscher Holzarbeiter) befindet sich unter dem allgemeinen Titel ein Artikel, überschrieben „Ein Weihnachts-geschenk“. Derselbe befaßt sich zunächst mit der allgemeinen Lage der Holzarbeiter in Fürth und geht in seinen Schlüssen dazu über, die von den Hirsch-Dunderscher im Jahre 1905 anlässlich des hiesigen Holzarbeiterausstandes verübte Arbeiterverräterei zu beschönigen. Es heißt dort wörtlich: „Den Vogel abgeschossen haben aber die allein patentierten Arbeitervertreter des Deutschen Holzarbeiterverbandes noch vor Jahresfrist in Fürth. Wie wir oben schon gezeigt haben, gingen die Holzindustriellen in Fürth dazu über, gestützt durch die Krise, den 1905 vereinbarten Lohnstarif zu durchbrechen und Lohnabzüge zu machen. In den letzten Wochen des Monats Dezember fand nun der Holzindustriellenverband an den Deutschen Holzarbeiterverband (Zahlstelle Fürth) einen Vertrag, der nach der uns zuteil gewordenen Information nichts weiter enthielt, als das Verlangen, der Deutsche Holzarbeiterverband solle sich verpflichten, bis zum Jahre 1911 keine Forderungen an die Unternehmer zu stellen. In einer am 30. Dezember 1908 stattgefundenen Mitgliederversammlung des Holzarbeiterverbandes (Zahlstelle Fürth) wurde nach stürmischer Versammlung der von den Unternehmern verlangte Vertrag mit Mehrheit angenommen. Wir ersehen also hieraus, daß der sozialdemokratische Verband, trotz den gemachten Abzügen und des 1905 angestimmten Scheiterns, nun dazu übergeht, sich zu verpflichten, in weiteren 3 Jahren keine Forderungen zu stellen. Die Konsequenz eines solchen Handelns überlassen wir dem Urteil der Kollegen.“

Diese Einstellung der einfachen Tatsachen ist auf den Gimpelgang berechnet. In Fürth weiß jedes Kind, daß im Jahre 1905 bezüglich der Löhne mit den Unternehmern keine Abmachungen irgendwelcher Art, mit Ausnahme der Löhne für Maschinenarbeiter, getroffen wurden. Diese aber sind in Tagelohn beschäftigt und können deshalb, da dort Abzüge weder gemacht, noch angedroht wurden, von dem trefflichen Informator der „Eiche“ nicht gemeint sein. Die ganze Vereinbarung mit den Unternehmern in Fürth erstreckt sich ausschließlich auf die Arbeitszeit. Auch bei den letzten Unterhandlungen mit den hiesigen Industriellen, die dem Arbeitgeberverband angehören, wurde über weiter nichts als die Arbeitszeit gesprochen. Diese wurde im Einverständnis der überwiegenden Mehrheit der erwähnten Mitgliederversammlung bis zum Jahre 1911 in der bisherigen Weise festgelegt.

Das ist also etwas ganz anderes, als wie die „Eiche“ berichtet, und die im Jahre 1905 in Fürth begangene Tat der Hirsch-Dunderscher bleibt nach wie vor was sie war, nämlich Arbeiterverrat.

Uebrigens hat unser Hauptvorstand der Redaktion der „Eiche“ folgende Berichtigung zugehen lassen:

In Nr. 2 vom 8. Januar berichten Sie, daß der Deutsche Holzarbeiterverband in Fürth sich durch Vertrag

mit den Fabrikanten verpflichtet habe, in weiteren drei Jahren keine Forderungen zu stellen.

Diese Mitteilung ist unwar. Richtig ist nur, daß die am 1. Januar d. J. abgeschlossene Vereinbarung betreffs der Arbeitszeit auf 54 Stunden wöchentlich auf Antrag der Fabrikanten bis 1. Januar 1911, also auf 2 Jahre, verlängert worden ist. Ueber den Lohn und die sonstigen Arbeitsbedingungen enthält diese Vereinbarung nichts, da sie nur die Arbeitszeit regeln soll. Von einer Verzichtleistung auf eventuelle sonstige Forderungen kann deshalb keine Rede sein.“

„Die lokalpolitische „Einigkeit“ flunkert“. In Nr. 52 dieses Recht und Wahrheit liebenden Blattes steht eine Notiz, überschrieben: „Ein süddeutscher Brief“. Neben anderen Beispielen, welche die Einrichtungen des Unterstützungsvereins in den Zentralverbänden misshandeln sollen, ist auch ein solches aus Fürth angeführt. Es heißt dort: „Ein drittes Beispiel ist anzuführen aus einer Möbelfabrik in Fürth. Auch dort wurden Lohnföhrungen von 6-8 Mk. die Woche vorgenommen. Diejenigen Arbeiter, welche sich diese Maßregel nicht gefallen ließen, wurden entlassen, zirka 100 Mann. Auch hier erklärte der Holzarbeiterverband, jetzt nichts tun zu können, weil die Zeit zu schlecht sei. Die Entlassenen wurden als gemäßigter betrachtet und erhalten diese Unterstützung. Die betreffende Firma aber stellt wieder Leute, und zwar von demselben Verbands, wieder ein, aber zu den reduzierten Löhnen, trotz der Arbeitslosenunterstützung im Holzarbeiterverband.“ Wir bemerken dazu: 1. Es ist zunächst keine Möbel-, sondern eine Spiegelfabrik, um die es sich hier handelt. 2. Es ist nicht wahr, daß der Holzarbeiterverband erklären mußte, angesichts der schlechten Zeit nichts tun zu können. Wahr dagegen ist, daß die Firma fast alle Arbeiter, nachdem sie die Reduzierungen zurückgewiesen hatten, entlassen hat, da die Firma zu der alten Skatulation keine Geschäftsaufträge mehr abschließen konnte und wohl auch finanzielle Gründe anderer Art mit maßgebend gewesen sein mögen. Damit ist auch die dritte Unwahrheit widerlegt, daß von der Firma Leute, und zwar vom Holzarbeiterverband, zu reduzierten Preisen wieder eingestellt wurden. Der Schreiber des Artikels in der „Einigkeit“, Gg. Beth, hat also auch hier, wie gewöhnlich, seiner grimmigen Wut gegen die Zentralverbände freien Lauf gelassen, dabei nur dem jesuitischen Grundsatz hulbigend: „Der Zweck heiligt die Mittel“.

Sparfamkeit in der Geeresverwaltung. Die auf der Reichstagstribüne feierlich verkündeten Sparfamkeitstheorien in die Wirklichkeit umzusetzen, wandelt die Geeresverwaltung sonderbare Bahnen. Sie gibt jährlich viele tausend Geschoßkörbe in Auftrag, und diese staatlichen Lieferungen haben für die Glendindustrie, die Korbmacherei, erhebliche Bedeutung, um so mehr, als bisher die Körbe noch leidlich bezahlt wurden. Jetzt hat man aber die Sparwit bekommen, und da muß natürlich bei den Korbmachern mit Sparen angefangen werden. Für die zuletzt zur Ausgabe gelangten Lieferungen sind um fast die Hälfte niedrigere Preise als bisher angefordert worden. Der Erfolg dieser Maßnahme ist, daß die Fabrikation aus den bisherigen Fabrikationsorten nach den Gebieten der Heimarbeit mit den rückständigsten Arbeitsbedingungen gedrängt wird. Das verächtliche Zwischenmeisterstück mit allen Schäden der Hausindustrie droht in die Geschoßkorbfabrikation einzudringen. Dagegen wollen sich die Korbmacher, und zwar mit Recht, wehren. Für Sonntag, den 17. Januar, sind an allen für die Korbmacherei in Betracht kommenden Orten Korbmacherversammlungen einberufen, in denen gegen ein solches Sparverfahren Protest erhoben werden soll. Man beabsichtigt, eine Petition an die Geeresverwaltung zu beschließen, in der gefordert wird, neben der Verpflichtung zur tarifmäßigen Bezahlung das Ausstellen der Zeichnungen in die Lieferungsbedingungen einzufügen. Auf diese Veranlassungen wollen wir die Korbmacher allerorts aufmerksam machen.

Herr Kahardt unter den Nütern. Herr Kahardt ist sein Debut im preussischen Abgeordnetenhaus sehr schlecht bekommen. Er hatte bekanntlich in seiner Jungferrede im Dreiklassenparlament, und zwar wiederholt, die Behauptung aufgestellt, die Berliner Holzindustriellen seien „nicht in der Lage, gegen einen Wochenlohn von 30 Mk. Ausschilstellen zu besetzen“. Eine Demonstration der Berliner arbeitslosen Kollegen hat Herrn Kahardt schon darüber belehrt, daß er mit diesem seinen Anspruch im Abgeordnetenhaus und anderswo die Unwahrheit gesagt hat. Gleichwohl hält Herr Kahardt, wenn jetzt auch unter Einschränkungen, in der „Fachszeitung“ seinen Anspruch aufrecht, natürlich unter Beschimpfungen auf die Arbeitslosen, die „Holzarbeiterzeitung“ usw. Wir können Herrn Kahardt auf das Gebiet der Beschimpfungen nicht folgen. Wir bezweifeln, daß wir im Schimpfen Herrn Kahardt gemessen sind; dann aber haben wir dieser Kampfweise, wie sie Herr Kahardt jetzt beliebt, niemals Geschmack abgewinnen können. Der Einfachheit halber wollen wir Herrn Kahardt gegenüber, der sich immer den Anschein gibt, als sei er über die Vorgänge am Berliner paritätischen Arbeitsnachweis besonders gut informiert, einem Kollegen das Wort geben, der die Verhältnisse an diesem Institut genau kennt. Der Kollege schreibt:

„Aufs neue stellt Herr Kahardt die Behauptung auf, daß es im paritätischen Arbeitsnachweis nicht möglich sei, Ausschilstellen mit 30 Mk. Wochenlohn zu besetzen. Ja, er geht noch weiter, indem er behauptet, daß auch nach seiner Rede im Abgeordnetenhaus mehr als 40 Arbeitslose sich geweigert hätten, derartige Stellen anzunehmen. Des weiteren wiederholt er auch die Behauptung, daß die Arbeitslosen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, sich durchweg weigern, Stellen nach außerhalb anzunehmen.“

Herr Kahardt besitzt den Mut, hierfür den Wahrheitsbeweis anzutreten zu wollen. Demgegenüber stellen wir fest, und auch wir sind bereit, dafür den Wahrheitsbeweis zu erbringen, daß während der Krise nicht ein einziger Fall im Tischlerberuf zu verzeichnen ist, wo sich zu Ausschilstellen mit 30 Mark Wochenlohn (vorausgesetzt, daß diese Arbeitsbedingungen gleich bei der Bestellung angegeben wurden) nicht ge-

nügend Arbeitslose gemeldet hätten. Im Gegenteil können wir mitteilen, daß sogar Stellen mit noch viel niedrigeren Löhnen besetzt werden konnten.

Was die Vermittlung nach außerhalb betrifft, so können wir nur unsere Feststellung aus Nr. 1 wiederholen, daß alle Stellen nach außerhalb besetzt werden konnten. Oft haben die Arbeitslosen ihre letzten Pfennige für das Reisegeld geopfert, um dann in einer Reihe von Fällen, am Bestimmungsort angelangt, die Erfahrung machen zu müssen, daß die Stelle mittlerweile anderweitig besetzt war, und die betreffenden Meister nicht einmal soviel Anstandsgefühl besaßen, den Arbeitslosen das Reisegeld zu ersetzen.

Wenn es Herr Kahardt so darzustellen versucht, als ob unter den im 3. Quartal nach auswärts vermittelten 200 Stellen sich eine größere Anzahl befände, die nach Berliner Verarbeitern vermittelt wurden, so befindet er sich auch hier wieder auf dem Holzwege, und es wäre ihm dringend zu raten, wenn er derartige Behauptungen aufstellt, daß er sich seine Informationen an zuverlässigerer Stelle holt, denn im paritätischen Arbeitsnachweis werden alle Stellen, die noch in Groß-Berlin gelegen sind, nicht als Vermittlung nach auswärts gerechnet. Was nun die weiteren Ausführungen über die paritätischen Arbeitsnachweise überhaupt betrifft, so werfen dieselben ein bezeichnendes Licht auf die Verstragstreue des Herrn Kahardt. Der paritätische Arbeitsnachweis ist doch ein Teil des Tarifvertrages, auch hat doch Herr Kahardt selbst in Eisenach ein Musterregulativ für paritätische Arbeitsnachweise mit ausgearbeitet und unterschrieben.

Wenn derselbe Herr aber nun trotzdem herkommt und im Stile des Reichsverbandes, auf Grund unwahrer Behauptungen, öffentlich gegen den Arbeitsnachweis scharf zu machen versucht, nebenbei auch noch die Gelben und ihren Arbeitsnachweis unterstützt und ihnen mit Rat und Tat zur Seite steht, so ist das einfach ein Verstoß gegen Treu und Glauben.

Herr Kahardt spottet aber auch seiner selbst und weiß gar nicht wie, indem er die Parität im Arbeitsnachweis angepöbelt. Sind doch die Angestellten zur Hälfte von den Arbeitgebern und zur Hälfte von den Arbeitnehmern ange stellt, und auch das Kuratorium, das in Berlin die Schlichtungskommission bildet, besteht je zur Hälfte aus Arbeitgebern und Arbeitern, mit einem unparteiischen Vorsitzenden. Wenn nun trotzdem in der Schlichtungskommission Verstöße gegen die Parität noch nicht verhandelt wurden, so doch wohl nur deshalb nicht, weil solche noch nicht vorgekommen sind.

Wenn nun Herr Kahardt die Arbeitslosen, die sich auf Grund des gefälschten Inserates in der „Berliner Volkszeitung“, mit dem wir, nebenbei bemerkt, nichts zu tun haben, meldeten, als Schnapsbrüder und Arbeitsscheue bezeichnet, so erübrigt es sich, hierüber weitere Worte zu verlieren, denn diese Ausführungen stehen auf demselben Niveau, wie die feinerzeit im Reichstage gefallenen Worte: „Der Vater wird wohl alles versoffen haben!“ und bezeichnen höchstens den Bildungsgrad desjenigen, der sie macht.“

Wir haben dieser treffenden Charakteristik des Herrn Kahardt nichts hinzuzufügen. Nur nebenbei sei Herr Kahardt auf die Gefahren seiner unwarhaftigen Kampfweise hingewiesen. Herr Kahardt ist im politischen Leben in gewissem Sinne Neuling. Wäre er das nicht, so müßte er wissen, daß Politiker, die, so wie er, im öffentlichen Leben mit Tatsachen operieren, die der Wahrheit nicht entsprechen, entweder dem Gespött oder der Verachtung der öffentlichen Meinung ausgesetzt sind.

Die „Fachszeitung“ bezweifelt die Aufrichtigkeit unserer Erklärung, daß wir dem gefälschten Inserat in der „Volkszeitung“ keinen Geschmack abgewinnen können. Sie behauptet, der Inseratenfälscher sei in den Kreisen unserer „Hintermänner“ zu suchen. Im gleichen Atemzuge will sie uns glauben machen, ihr anonymes Drohbrieffaßer sei eine ernstzunehmende Sache. Die unanständige Kampfweise der „Fachszeitung“ berechtigt uns zu der Annahme, daß es sich bei dem Brief, mit dem das Blatt operiert, nicht um das Erzeugnis eines Verbandsmitgliedes, sondern einer Kreatur des Arbeitgeberverbandes handelt; ferner, daß das gefälschte Inserat in der „Volkszeitung“ von einem „guten Freund“ des Herrn Kahardt herrührt, der verhängen will, daß die Kahardt'schen Bäume in den Himmel wachsen.

Römhildt Pianofortefabrik, Aktiengesellschaft, Weimar. Das Geschäftsjahr 1907/08 erbrachte in der Fabrikation 108 812 Mk. (im Vorjahre 201 168 Mk.). Durch Lohnschnitt im Sägewerk wurden 11 490 Mk. (13 680 Mk.) vereinnahmt; dagegen erforderlichen Geschäftsaufkosten 46 586 Mk. (45 850 Mk.), Arbeiterlöhne 113 776 Mk. (118 198 Mk.). Die Abschreibungen sind mit 10 258 (13 954 Mk.) bemessen. Aus dem Reingewinn von 24 981 Mk. wird wieder eine Dividende von 4 Proz. auf 0,60 Millionen Mark Grundkapital verteilt.

Gewerkschaftliches.

Werftkonferenz.

Eine Werftarbeiterkonferenz fand am 2. und 3. Januar in Hamburg im Gewerkschaftshause statt. Insgesamt waren von den an den Werften interessierten Gewerkschaften 153 Delegierte zu dieser Konferenz entsandt worden, darunter von unserem Verband 27 Delegierte. Unser Verbandsvorstand war durch die Kollegen Leipzig und Becker vertreten.

Die Konferenz war dazu bestimmt, die Arbeiter der deutschen Schiffswerften einem langentzehrten und langersehnten Ziel näher zu bringen: Der einheitlichen Aktion gegenüber dem einheitlich vorgehenden Unternehmertum. Der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, Schlichte, der dieses

Thema behandelte, führte den Anwesenden zunächst vor Augen, wie sich das Werkkapital den Arbeitern gegenüber zu einer kompakten, unter allen Umständen solidarisch handelnden, nach höchstwahrscheinlich, einheitlichen Plänen ihre Maßnahmen treffenden Masse zusammengeschlossen, und wie vor allem wegen des Fehlens gleicher Geschlossenheit die Arbeiter im letzten Jahrzehnt in ununterbrochenen Kämpfen so manchen schweren Schlag, manche Niederlage und Demütigung erlitten hätten, die bei verständigerer Taktik und überlegtem Vorgehen wohl zu vermeiden gewesen wäre.

- 1. Die Vorstände der nachbenannten, für die Werften in Frage kommenden Organisationen, und zwar:
a) Der Deutsche Metallarbeiterverband,
b) der Deutsche Holzarbeiterverband,
c) der Zentralverband der Schmiede,
d) der Verband der Kupferschmiede,
e) der Verband der Schiffszimmerer,
f) der Verband der Feizer und Maschinisten,
g) der Verband der Maler,
h) der Fabrikarbeiterverband

2. Die Kommission setzt sich zusammen aus zwei Vertretern des Deutschen Metallarbeiterverbandes und je einem Vertreter der übrigen Verbände. Zur Regelung der geschäftlichen Angelegenheiten wählt sich die Kommission aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter.

3. Die Kommission ist beratendes und auf Antrag der betreffenden Zentralvorstände ausführendes Organ und hat folgende Aufgaben:

- a) Alle Vorgänge auf den Werften, die zu Konflikten im Arbeitsverhältnis führen können, fortläufig zu beobachten und Stellung dazu zu nehmen.
b) Bereitet sich in einem Beruf ein Konflikt vor, der über den Rahmen der einzelnen Ortsverwaltung einer Organisation hinausgeht, so ist der Kommission sofort Mitteilung zu machen, welche unverzüglich zusammenzutreten und zu begutachten hat, welche Maßnahmen im speziellen Falle geboten sind.
c) Erforderlichenfalls im Einverständnis mit den Zentralvorständen Verhandlungen mit den Seeschiffswerften anzubahnen.

- d) Bei Lohnbewegungen für eine einheitliche Berichterstattung an die Presse Sorge zu tragen.
e) Die Vertretung mit den Zentralvorständen liegt den einzelnen Vertretern ob. Pflicht der letzteren ist es, ihre Vorstände über die Beschlüsse der Kommission zu informieren, sowie auch deren Einwilligung zu den von der Kommission beschlossenen oder in Aussicht genommenen Maßnahmen schnellstens herbeizuführen.
f) Die Kommission hat das Recht, im Bedarfsfalle Vertreter der einzelnen Berufe zu ihren Sitzungen hinzuzuziehen. Die hierdurch entstehenden Kosten trägt diejenige Organisation, welcher die betreffenden Vertreter angehören.

4. Die Genehmigung von Angriff- oder Abwehrbewegungen auf den Werften darf ohne vorherige Anhörung der Kommission von keiner Organisation erfolgen.

5. An den einzelnen Werften werden von den obengenannten Verbänden Ortskommissionen nach dem Vorbild der Zentralkommission gebildet. Dieselben haben das gemeinsame Wirken der Organisation zu fördern und bei entstehenden Differenzen dafür zu sorgen, daß die Zentralkommission sofort davon unterrichtet wird.

6. Die Ortskommissionen werden von der Zentralkommission über alle wichtigen Vorkommnisse unterrichtet.

7. Es bleibt den einzelnen Vorständen überlassen, an den Sitzungen der Kommission mit beratenden Rechten teilzunehmen: das Stimmrecht steht aber nur den von der Organisation benannten Vertretern zu, im Behinderungsfalle deren Stellvertretern.

8. Diese Bestimmungen gelten für alle Seeschiffswerften.

Begründend führte der Referent weiter aus, die Beobachtung aller Vorkommnisse auf den Werften sei unbedingt nötig, da aus kleinsten Ursachen oft die größten Wirkungen entstehen könnten. Die statistischen Rechte der Verbandsvorstände, insbesondere ihr endgültiges Entscheidungsgewalt, würden durch die Befugnisse der Kommission nicht beeinträchtigt. Ihre Tätigkeit werde künftig Verbesserungen beschließen und Maßnahmen, Mißtrauen zwischen den einzelnen Vorständen im Keime ersticken, wozu alle gleiches Interesse hätten. Verhandlungen von Organisation zu Organisation seien für Unternehmer und Arbeiter gleich wertvoll und geeignet, vor allem kleine Konflikte leicht aus dem Wege zu räumen; dadurch, daß jetzt die Kommission die nötigen Schritte einleite, seien alle

Verbände über diese von vornherein unterrichtet, Mißverständnisse also ausgeschlossen. Einheitliche Berichterstattung an die Presse sei nötig angesichts der Tatsache, daß diese bisher vielfach nicht im Einklang gestanden habe mit der allgemein einzuhaltenden Streiktaktik. Das habe zur Schädigung der Streikenden selbst geführt. Zum Teil sei durch die Arbeiterpresse Streikenden ein Machtbewußtsein suggeriert worden, dem jegliche reale Grundlage fehlte, und die Folge sei geringwertige Ablehnung wirklich annehmbarer Angebote gewesen. Die Presse dürfe in kritischen Momenten nicht scharf machen; die Arbeiter müßten verlangen, daß ihre Organe ihre Taktik nicht benachteiligten und dadurch ihre Aussichten illusorisch machten. Das könne nur geschehen, wenn die Berichterstattung von einer Stelle erfolge, die mit den Dingen durchaus vertraut sei und wisse, wann es zweckmäßig sei, mit etwas an die Öffentlichkeit zu treten. Die Arbeiterpresse selbst habe das größte Interesse daran, nur effektiv Wahres zu bringen und sich fernzuhalten von den meistens auf Kombination und Sensationshysterie beruhenden Mitteilungen, die die bürgerliche Presse zum Teil direkt erfinde, um über die Arbeiterbewegung zu „informieren“. Sie habe weiter ein lebhaftes Interesse daran, daß die Kämpfe der Arbeiter so geführt würden, daß diese sich keine Blöße gäben. Absatz 4 sei der wichtigste. Nach der Richtung sei bisher am meisten gefehlt worden. Deshalb sei diese Bestimmung, sofern ein gemeinsames Vorgehen allerseits als notwendig erachtet werde, die Grundlage der ganzen Vereinbarungen. Wichtig seien auch die Ortskommissionen, die in innigstem Kontakt mit der Zentralkommission stehen und die Mitglieder im Sinne der Vereinbarungen zur Mitarbeit erziehen müßten, ohne die alles nur auf dem Papier stehe. Vor allem die Statistik, deren Wert niemand bestreite, werde bei gemeinsamer, Arbeit wesentlich gefördert. Ueberhaupt seien Fragen grundsätzlicher Natur nur so zu lösen. Die Abgrenzung der Agitationsgebiete werde ohne die heute üblichen Mißstimmungen geregelt werden. Das Regulativ möge in Einzelheiten nicht der Vorstellung des einzelnen entsprechen, aber es bedeute doch einen großen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustande, wo so gut wie nichts existierte, und sei das Produkt der bisherigen leider nicht angenehmen Erfahrungen. Und es werde geeignet sein, künftig Differenzen zwischen den Verbänden bei den etwaigen Aktionen zu verhüten, wenn überall der ernsthafte Wille bestehe, es durchzuführen, wenn unter den Organisationen volle Aufrichtigkeit und die Absicht herrsche, das Ganze zu fördern. Auf den Werften arbeiteten neben einem Teil hochqualifizierter, nicht leicht ersetzlicher Arbeiter zahlreiche angelernte, jeberzeit ersichtliche. Erstere könnten eventuell leicht einmal etwas für sich durchsetzen, aber letztere hätten auch ein Anrecht, etwas herauszuholen. Die Organisation habe den Zweck, die Lage aller Arbeiter zu heben, und diesem Zweck müßten sich auch die qualifizierten Arbeiter in solidarischem Gemeinsinn unterordnen, um so mehr, als beim heutigen Stande der Technik nie-

mand wissen könne, wie lange es dauere, bis er ausgeschaltet werde, ob er morgen noch „qualifiziert“ sei. Der Selbsterhaltungstrieb gebiete ihm also auch, die ungelernen Arbeiter mit emporzuziehen. Und in deren Interesse liege vor allem die Vereinbarung. Etwaige Räden derselben werde die Praxis rasch beseitigen. Redner schloß: „Wir können nur dann Schlachten schlagen, wenn wir etnig sind. Und da darf uns die berufliche Gruppierung nicht hindern, jene Geschlossenheit zu schaffen, die die Werkbesitzer schon besitzen, um von diesen noch ganz andere Zugeständnisse zu erlangen als bisher.“ (Schluß folgt.)

Der Handschuhmacherverband hatte am Jahresluß 1908 3529 Mitglieder, darunter 597 weibliche. Das bedeutet gegen das Vorjahr einen Rückgang um 317 Mitglieder.

Die „Dachdecker-Zeitung“ erscheint von jetzt ab allwöchentlich. Bisher kam sie alle 14 Tage heraus.

Ein vollständig ausreichender Ersatz der gelben Gewerkschaften. In einer Polemik gegen die nationalliberale „Nationalzeitung“ schreibt das ultramontane „Neue Münchener Tageblatt“:

„Wir werden auch die christlichen Gewerkschaften zum Vergleich herangezogen, so würde ja klar hervortreten, daß für die Arbeiterschaft, für die Vertretung der Arbeiterinteressen unter gleichzeitiger Wahrung der Interessen der Arbeitgeber die christlichen Gewerkschaften vollständig ausreichend und die gelben Gewerkschaften einfach überflüssig sind.“

Das „Tageblatt“ will damit offenbar sagen, daß die christlichen Gewerkschaften genau so erfolgreich zugunsten der Arbeitgeber tätig sind, wie die Gelben, und daß sie ein „vollständig ausreichender“ Ersatz für diese sind. Da die Tätigkeit der Gelben aber auch in nichtsozialdemokratischen Kreisen als infamer Verrat der Arbeiterinteressen angesehen wird, so hat das Zentralblatt, das seine Freunde ja wohl kennen wird, den christlichen Gewerkschaften ein recht schmeichelhaftes Zeugnis ausgestellt.

Eingefandt.

Ein Beitrag zur Stellmacherbewegung.

Trotzdem die Organisation bei den Stellmachergesellen, namentlich soweit sie bei den sogenannten Kleinmeistern beschäftigt sind, noch allzusehr in den Kinderschuhen steckt, und man daher bei gar vielen von den betreffenden Arbeitern Arbeitsverhältnisse antrifft, die uns an das Mittelalter erinnern, kann man von den Arbeitgebern, den Kleinmeistern in diesem Beruf gerade nicht sagen, daß sie es nicht verstanden, ihre Interessen mit Kraft und Energie wahrzunehmen. Ein treffendes Beispiel hierfür liefert der im „Zentralblatt für Wagenbau“ abgedruckte Preisuran-

Arbeitslosigkeit im Monat Dezember 1908.

Table with columns: Gau, Arbeitslose Mitglieder am Orte, Unterstülgung haben erhalten, Arbeitslose am Orte, Arbeitslose auf der Reise. Rows include various regions like Danzig, Stettin, Breslau, etc., and months from December 1908 to January 1909.

Die Zahlstellen, welche nicht berichtet haben, sind: Colberg, Marienburg, Osterode. — Kreuzburg, Strehlen. — Dahme, Drossen. — Uorf, Klingenthal. — Sperrade, Winneberg, Wilhelmshaben. — Delligen, Rheine. — Beuel, Gamm, Hattingen. — Alzeh, Diedenhofen, Eberbach, Höhr, Meh, Michelsstadt. — Garmisch, Pfarrkirchen. — Altensteig, Weisklingen, Dos und Täbingen.

Zur besseren Uebersicht über den unterschiedlichen Umfang der Arbeitslosigkeit fügen wir noch folgende Vergleichszahlen bei:

Table comparing unemployment numbers per 100 workers for the months of 1904, 1905, 1906, 1907, and 1908.

über die gangbarsten Arbeiten im Stellmachergerwerbe, aufgestellt von der Stellmachervereinigung Berlin und Vororte. Neben dem Preis für das fertige Produkt ist auch die Auslage für Material, Lohn und sonstige Unkosten sowie der dem Unternehmer verbleibende Gewinn angegeben. Da heißt es z. B., daß ein Satz Sidorh-Wügelräder 110 bis 120 Mark kostet. Davon entfallen auf Material 53,50 Mk., Lohn 17,70 Mk., sonstige Unkosten 17,50 Mk., so daß als Gewinn 21,50 Mk. bleibt. Bei Rädern mit buchenen Wügeln beträgt der Preis 95—100 Mk. Hier ist das Material mit 43,50 Mk., der Lohn mit 17 Mk., die sonstigen Unkosten mit 17,50 Mk. in Rechnung gestellt; der verbleibende Gewinn beträgt 17 Mk. Es wäre noch zu bemerken, daß zu den Rädern 1/2 zöllige Speichen in Betracht kommen, es sich also um mittelstarke Aufschwageräder handelt mit einer Reifenbreite von ungefähr 45 Millimeter. Was den Gesamtpreis anbelangt, so kann man ihn ohne weiteres als angemessen bezeichnen. Gibt es doch eine ganze Anzahl von Städten, in denen man noch zufrieden ist, wenn man die Hälfte des Berliner Preises erhält.

Sehen wir uns die einzelnen Positionen des Berliner Preisstamms etwas näher an: Für Materialunkosten werden bei Sidorh-Rädern 53,50 Mk., bei Buchenrädern 43,50 Mark in Rechnung gebracht. Bei den Buchenrädern kommen Eichen- oder Kiefernspeichen in Betracht; die Speiche mit 26 Pf. berechnet macht für den Satz 52 x 26 = 13,25 Mk. Die Naben, amerikanische Felsenulmen ange-

nommen, à 1,50 Mk. gerechnet = 6 Mk. für den Satz. Mit hin bleiben für Buchenbügel noch rund 24 Mk. Jeder Sachverständige, also auch jeder Stellmachermeister, wird bestätigen können, daß man einen Satz gute buchene Wügel auch schon für bedeutend weniger Geld, ungefähr die Hälfte, sich verschaffen kann. Im Lohn wird für den Satz Räder 17 Mk. gezahlt. Rechnet man ungefähr 4 Arbeitstage, würden also 4,25 Mk. pro Tag gezahlt. Daß ein derartiger Lohn für Berlin ein erbärmlicher ist, dürfte jedem, der nicht gerade ein verböhrtter Innungsfrakter ist, einleuchten. In Unkosten kommen nach dem Kurant 17,50 Mk. in Betracht. Wo die in aller Welt in solcher Höhe herkommen, weiß jedenfalls nur Gott und Herr Marquardt in Berlin. Als Profit für den armen geplagten Kranten kommt nur 21,50 Mk. resp. 17 Mk. in Betracht. Bedenkt man nun noch, daß die beiden Positionen Material und Unkosten in der „freigiebigsten“ Weise bedacht sind, so muß der Gewinn in Wirklichkeit bedeutend größer sein. Also an einer Arbeit, die wohl die gangbarste in unserem Gewerbe ist, bekommt der Arbeiter an Lohn 17 Mk., während dem Meister als Gewinn nur ungefähr 25—30 Mk. verbleiben. Damit vergleiche man das immer wieder und namentlich bei den Berliner Stellmachermeistern angestimmte Klage- lied über die unvernünftigen Forderungen der Gefellen, die das Handwerk ruinieren; das Klage- lied über die angeblich so gedrückte Lage der Handwerksmeister und das damit verbundene Schreien nach Hilfe durch die Gesetzgebung, um

aufs neue wieder einen Beweis zu haben, daß es keine rüd- schrittlicheren, bornierteren Menschen gibt wie unsere Handwerker. Was sich namentlich die Herren Stell- machermeister im „Zentralblatt“ erlauben, das läßt schon bei einzelnen dieser Spezies den Schluß zu, daß es sich bei ihnen um Größenwahnsinn handelt. Wann werden endlich die Arbeiter der Stellmacherbranche sich samt und sonders der Organisation anschließen, um ihren Herren Meistern plausibel zu machen, daß ihre bornierten Innungsabnäm- me und nimmer in den Himmel wachsen? th.

Literarisches.

Der „Kalender für das Baugewerbe 1909“ mit An- schlag und statischer Berechnung, herausgegeben von Architekt Donald Bachholz, Dozent an der Gewerbe- akademie zu Berlin, der in seinem 17. Jahrgang vorliegt, ist durch das Vorhandensein der zahlreichen Tabellen der statischen und Fundierungsberechnung ein unentbehrliches Handbuch zum Gebrauch auf dem Bau- und Wertplatz, wie im Bureau geworden. Aus dem reichhaltigen Inhalt heben wir besonders hervor: Preisangaben für bauliche Leistungen, Allgemeine Bauvorschriften, Gebührenverzeich- nis für Architekten, Vorschriften, Gesetzesauszüge, Verzeichnis empfehlenswerter Bezugsquellen usw. Preis 1,50 Mk., bei freier Zustellung 1,70 Mk. Berlin. Verlag von J. G. Harwitz Nachf., G. m. b. H., Berlin SW. 48, Friedrichstr. 16.

Abrechnung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes für das dritte Quartal 1908.

Einnahme	Bei der Hauptkasse		Bei den Zahlstellen		Gesamt		Ausgabe	Bei der Hauptkasse		Bei den Zahlstellen		Gesamt					
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.		Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.				
Kassenbestand vom vorigen Quartal	1 282	825	60	433	237	60	1 716	063	20	95	—	43	461	11	48 556	11	
Beitrittsgehd	35	—	—	3 908	20	—	3 943	20	84	—	—	162	664	41	162 748	41	
Beiträge	4 458	85	—	811	955	50	816	414	85	—	—	65	672	57	65 672	57	
Extrabeiträge	15	48	—	4 198	68	—	4 214	16	198	88	—	138	519	81	138 718	69	
Zins aus Kapitalien	5302	—	—	—	—	—	5 302	—	15	—	—	12	411	35	12 426	35	
Sonstiges	140	85	—	2 027	98	—	2 174	88	—	—	—	11	127	50	11 127	50	
Guthaben der Lokalkassen für's 4. Quartal 1908	—	—	—	39 552	67	—	39 552	67	912	—	—	8 695	55	—	9 607	55	
Zufuß aus der Hauptkasse	—	—	—	60 558	80	—	60 558	80	40	—	—	1 940	—	—	1 980	—	
Von Zahlstellen eingekandt	259	445	11	—	—	—	259	445	11	—	—	4 348	29	—	4 363	29	
Summa	1 552	228	89	1 355	439	43	2 907	668	32	1 574	35	31 838	48	3 089	70	36 452	53
Abschluß.																	
Gesamteinnahme			871 601,21 Mk.														
Gesamtausgabe			768 033,76 "														
Mehreinnahme			103 567,45 Mk.														

Fritz König, Kassierer.

Revidiert und für richtig befunden:

Die Revisoren: Roblenger, Karl Klingner, Felix Leopold.

Am Schlusse des dritten Quartals 1908 zählte der Verband 801 Zahlstellen, das sind vier mehr als im zweiten Quartal 1908 und 20 mehr als im dritten Quartal 1907. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Quartals 145 788, davon 142 677 männliche, 3061 weibliche und 50 jugendliche. Gegen das zweite Quartal 1908 ist die Zahl der männlichen Mitglieder um 1112, die der weiblichen um 196 zurückgegangen, die Zahl der jugendlichen Mitglieder ist um 6 gestiegen. Gegenüber dem dritten Quartal 1907 ist die Zahl der männlichen Mitglieder um 3805, die der weiblichen um 403 und die der jugendlichen um 14 zurückgegangen. Der Gesamtzuwachs beträgt gegen das zweite Quartal 1908 1302, gegen das dritte Quartal des Jahres 1907 4222 Mitglieder.

Von den größeren Zahlstellen hatten folgende einen Zuwachs von Mitgliedern zu verzeichnen: Kattowik 21, Kottbus 15, Forst 20, Spandau 17, Treuenbrietz 23, Rabenau 70, Chemnitz 42, Halle 21, Bremen 27, Hensburg 22, Hamburg 287, Harburg 20, Rassel 50, Celle 30, Hannover 43, Herford 19, Hildesheim 15, Minden 15, Wochum 25, Saarbrücken 31, Mülhausen i. E. 37. Geringere hatten folgende Orte einen Mitglieder- verlust zu verzeichnen: Bromberg 20, Danzig 44, Königsberg 32, Rostock 16, Glogau 18, Langensalza 18, Berlin 300, Brandenburg 24, Frankfurt a. O. 26, Luckenwalde 20, Weissensee 69, Dresden 24, Löbau 17, Weifen 21, Mittweida 15, Klingenthal 30, Leipzig 88, Schmälld 17, Schönheide 122, Bürgel i. T. 33, Frankenhäusen 16, Gotha 66, Lauterberg 31, Mellenbach 16, Verden 20, Braunschweig 18, Wurg 18, Magdeburg 17, Bremerhaven 97, Delmenhorst 32, Emden 27, Kiel 101, Lübeck 16, Wulsdorf 32, Wietfeld 32, Detmold 24, Dehn- hausen 16, Bonn 24, Düsseldorf 42, Duisburg 23, Elberfeld 60, Köln 89, Darmstadt 62, Frankfurt a. M. 16, Hanau 15, Heilberg 23, Kafferslautern 21, Kellheim 16, Kirch- heim b. S. 16, Mainz 47, Mannheim 32, Wiesbaden 17, Worms 31, München 55, Freiburg i. B. 32, Heilbronn 16, Karlsruhe 21, Strahburg 51. Neu aufgenommen wurden im dritten Quartal 7790 (12 178 im dritten Quartal 1907) männliche, 225 (498) weibliche und 16 (15) jugendliche, zusammen 8031 Mit- glieder. Gegen das zweite Quartal 1908 sind dieses 1334 und gegen das dritte Quartal 1907 4060 Aufnahmen weniger.

Die Summe der vereinnahmten Wochenbeiträge be- trug in diesem Quartal 816 413 Mk., im vorausgegangenen zweiten Quartal 774 512 Mk. Im dritten Quartal 1907 wurden 360 895 Mk. für Beiträge vereinnahmt. Von den männlichen Mitgliedern wurden in diesem Quartal 1 615 722 Beiträge entrichtet, von den weiblichen Mitgliedern 33 692 und von den jugendlichen Mitgliedern 520 Beiträge. Es entfallen hiernach auf das einzelne männliche Mitglied 11,8 Beiträge, gleich 90,7 Proz. des Vollbeitrages, auf das einzelne weibliche Mitglied 11,0 Bei- träge, gleich 84,6 Proz. des Vollbeitrages, und auf das ein- zelne jugendliche Mitglied 10,4 Beiträge, gleich 80 Proz. des Vollbeitrages. Die Arbeitslosenunterstützung erforderte in diesem Quartal die Summe von 162 748 Mk., gegen 219 094 Mk. im vorausgegangenen zweiten Quartal und 77 614 Mk. im dritten Quartal 1907 gegen das zweite Quartal 1908 ist dieselbe um 56 346 Mk. zurückgegangen, gegen das dritte Quartal 1907 jedoch um 85 184 Mk. gestiegen. Von den übrigen Unterstützungen vermehrten sich gegen das Vor- jahr die Reiseunterstützung (43 556 Mk.) um 8004 Mk., gleich 22,5 Proz., die Krankenunterstützung (138 718 Mk.) um 76 501 Mk., gleich 122,9 Proz., die Gemahregeltenunter- stützung (12 426 Mk.) um 6519 Mk., gleich 110,4 Proz., die Sterbeunterstützung (11 127 Mk.) um 642 Mk., gleich 6,1 Proz., die Notfallunterstützung (1980 Mk.) um 300 Mk., gleich 17,7 Proz. Zurückgeblieben hinter dem Vorjahr ist die Streifenunterstützung um 5646 Mk., die Umzugsunter- stützung um 1547 Mk. und der Rechtschutz um 919 Mk. Von der Reiseunterstützung entfallen 3748 Mk. (im Vorjahr 3877 Mk.) auf die Aufenthaltunterstützung, welche an 2817 Empfänger gezahlt wurde, und zwar an 179 je für drei Tage, an 577 je für zwei Tage und an 2063 je für einen Tag. Hiervon entfallen auf Berlin 311, Breslau 22, Dresden 131, Hamburg 280, Köln 243, Leipzig 218, München 288, Bremen 106, Chemnitz 34, Düsseldorf 169, Elberfeld 49, Frankfurt a. M. 260, Halle 52, Hannover 139, Königsberg 2, Magdeburg 69, Nürnberg 200, Stettin 34, Strahburg 62 und Stuttgart 158 Empfänger. Der Abschluß des Quartals ergibt eine Gesamtein- nahme von 871 601 Mk., eine Ausgabe von 768 033 Mk., so daß eine Mehreinnahme von 103 567 Mk. zu verzeichnen ist. Der Kassenbestand betrug am Schlusse des Quartals 1 819 630 Mk.

Die Abrechnung der Lokalkassen ergibt einen Bestand von 1 164 811 Mk.

Anschließend bringen wir wieder eine Zusammen- stellung der Einnahmen und Ausgaben der

Lokalkassen im dritten Quartal 1908.

Einnahmen:	
Kassenbestand vom zweiten Quartal	Mk. 1 017 768,30
20 Prozent der Verbandsbeiträge	162 884,10
Lokalbeiträge	399 504,65
Einnahmen für Vergütungen	8 355,15
Sonstiges (inkl. Guthaben bei der Haupt- kasse)	329 771,41
Zusammen	Mk. 1 917 783,61
Ausgaben:	
Lokalunterstützung an Reisende	Mk. 6 788,71
" Arbeitslose	84 365,95
" Streifen	27 661,78
" Kranke	64 568,22
" Gemahregelte	3 592,88
in sonstigen Fällen	12 127,70
Für Extrabeiträge an die Hauptkasse	4 078,78
" Streiks anderer Gewerkschaften	856,05
" Agitation, Vorträge usw.	16 849,87
Verwaltungskosten, persönliche	89 377,32
sachliche	49 475,94
Beitrag an Kartelle und Sekretariate	21 115,84
Ausgaben für Vergütungen	10 725,90
Sonstiges (inkl. Guthaben bei der Haupt- kasse)	361 436,81
Gesamtausgabe	Mk. 752 971,84
Kassenbestand für das vierte Quartal:	
Angelegt	Mk. 1 011 063,87
In Bar	163 743,10
Zusammen	Mk. 1 174 806,97

Berlin, den 8. Januar 1909.

Der Verbandsvorstand.

